

Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Bestellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Spediteur entgegengenommen.

Neuer Social-Demokrat.

Organ der Socialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Redaction u. Expedition: Berlin, SO., Kaiser Franz-Graben-Pl. 8a.

Inserate (nur in der Expedition aufzugeben) werden pro fünfgehaltene Petitzeile mit 50 Pf. berechnet. Versammlungs-Annoncen oder deren Raum 20 Pf. Sogenannte Reklam-Anzeigen werden nicht aufgenommen.

Abonnements-Preis: Für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich pränumerando 1 Rm. 95 Pf., monatlich 65 Pf., einzelne Nummern 10 Pf.; bei den Postämtern in Deutschland incl. Berlin 1 Rm. 60 Pf., frei in's Haus 1 Rm. 95 Pf. — Kreuzband-Abonnements pro Quartal und Exemplar: für Deutschland und Oesterreich 3 Rm., für Niederlande und Belgien 3 Rm. 60 Pf., für Frankreich 4 Rm. 50 Pf., für England und Amerika 3 Rm. 55 Pf. Bestellungen auf Kreuzband-Abonnements sind nur bei der Expedition aufzugeben und müssen pränumerando gezahlt werden.

Inhalt.

Die Kaufefalle für Social-Demokraten. Deutscher Reichstag. Politische Uebersicht: Noble Gränder. — Aus dem „Reiche“. — England. — Tüchtiges. — Versammlungs-Auflösungen und sonstige politische Uebersichtungen. — Rationalistischer Professorensozial. — Zur Charakteristik unserer heutigen Verhältnisse. — Innere Partei-Angelegenheiten. — Korrespondenzen: Crefeld. — Ottenen. — Wittingen. — Hamburg. — Constanz.

Die Kaufefalle für Social-Demokraten.

Die sogenannten Kautschuk-Paragrafen in den Gesetzen des deutschen Reichs stehen bei Jedwem, welcher eine politische Thätigkeit ausüben will, im schlimmsten Geruch; es sind dies jene Paragrafen des Strafgesetzes u. s. w., welche seitens des Reiches in dem weitesten Umfang, je nach der persönlichen Ansicht desselben ausgelegt werden können, so daß dem einen Richter Handlungen nach als erlaubt erscheinen, welche von einem anderen Richter mit der schwersten Strafe bedacht werden. Wer nun auf politischem Gebiete nicht in das Horn der herrschenden Klasse stößt, wer die bestehenden Verhältnisse beseitigen will und, um die Ueberzeugung des Volkes für die Nothwendigkeit einer solchen Umformung des Bestehenden zu gewinnen, die Kritik der Gesellschaftschäden in der Öffentlichkeit vollzieht, derjenige ist thatsächlich auf den glücklichen Zufall angewiesen, wenn er beabsichtigt, die vom Gesetz vollzogene Grenze inne zu halten. Es fehlt ihm jede Richtschnur, um entscheiden zu können, ob der Gerichtshof, vor welchem er sich möglicherweise zu verantworten haben wird, seine scharfen Ausführungen als berechtigte Kritik, oder als „Anreizung“, „Verächtlichmachung“ und wie sonst die lauscharartigen Benennungen lauten mögen, betrachten wird. Und wenn alsdann noch den Richtern es in die Hand gegeben ist, bis zu zwei Jahren Gefängniß und noch mehr in einer solchen Sache zu verhängen, dann ist es für den oppositionellen Politiker, überhaupt insbesondere aber für den Social-Demokraten, gar nichts Uebertriebenes, wenn er mit einem Fuß im Gefängniß zu stehen meint, wenn er sich wie ein „Vogelfreier“ vorfindet.

Die §§ 130 und 131, sowie nicht wenige andere des deutschen Strafgesetzbuches sind solche hochberühmte dehnbare Paragrafen, und nicht wenige haben dieselben unvermuthet überschritten. Wenn der § 130 z. B. bestimmt, daß „Anreizung der Gesellschaftsklassen zu Gewaltthätigkeiten“ strafbar sei, und das preussische Obertribunal annimmt, gegen diesen Paragrafen sei bereits verstoßen, selbst wenn bestimmte nahe liegende Gewaltthaten gar nicht in's Auge gefaßt seien, sondern zu möglicher Weise in ferner Zukunft eintretenden Gewaltthaten angereizt sei, dann — unseres Parteifreundes Rost Prosch ist ein redendes Zeugniß — kann der gewiegteste, vorsichtigste Redner in's Garn gehen.

Aber harmlos, in volstem Sinne des Wortes harmlos sind diese vielberufenen Paragrafen gegen das, womit der neue Strafgesetzentwurf uns beglücken will. Der Wortlaut desselben und noch mehr die ihm beigelegten Motive sind dermaßen dunkel, daß nicht nur der Zeitungsredakteur und der politische Redner, sondern jedenfalls auch gar mancher Richter gänzlich rathlos sein wird, ob ein Verstoß gegen das Gesetz vorliegt, oder nicht. Staatsanwaltschaftlichem Dienstleister ist Thür und Thor geöffnet und das freie Wort ist dermaßen beschränkt, daß — wir können es offen sagen — nicht nur fast alle socialistischen Schriften, sondern die Meisterwerke Schiller's, Goethe's, Lessing's, ja Hunderte von Schulbüchern konfiscirt und vernichtet werden müßten.

Wir wollen im heutigen Artikel unsern Lesern nur in Kürze fünf solcher Paragrafen nebst den Motiven vorführen, indem wir die eingehende Besprechung uns noch vorbehalten.

Zunächst treffen wir auf die neue Form der §§ 110 und 111; dieselbe lautet:

§ 110. Wer öffentlich vor einer Menschenmenge, oder durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen auffordert oder anreizt, insbesondere wer in der angegebenen Weise solchen Ungehorsam als etwas Erlaubtes oder Verdienstliches darstellt, wird mit Gefängniß bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe bis zu dreitausend Mark erkannt werden.

§ 111. Wer auf die vorbezeichnete Weise zur Begehung einer strafbaren Handlung auffordert oder anreizt, insbesondere eine solche Handlung als verdienstlich oder erlaubt darstellt, ist gleich dem Anführer zu bestrafen, wenn die Aufforderung oder Anreizung die strafbare Handlung oder einen strafbaren Versuch derselben zur Folge gehabt hat.

Ist die Aufforderung oder Anreizung ohne Erfolg geblieben, so tritt Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder Gefängniß ein. Die Strafe darf jedoch der Art oder dem Maße nach keine schwerere sein, als die auf die Handlung selbst angedrohte.

Die Motive hierzu lauten kurz:

§ 110. Der hier vorgeschlagene Zusatz entspricht dem § 20 des am 11. Februar 1874 im Deutschen Reichstage eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Presse.

Zu seiner Rechtfertigung wird auf die Motive jenes Entwurfs (vgl. Stenogr. Ber. Deutscher Reichstag Session I. 1874 Bd. III. Altenstäd Nr. 23 S. 41) und auf die in der Reichstags-Sitzung vom 24. April 1874 von dem preussischen Bevollmächtigten zum Bundesrath abgegebenen Erklärung (Stenogr. Ber. Bd. II. S. 1101) Bezug genommen.

Außerdem ist der Höchstbetrag der angedrohten Strafe gesteigert, damit auch Fälle der schwersten Art angemessen geahndet werden können.

§ 111. Die Aenderungen des § 111 sind eine Konsequenz des Vorschlags zu § 110.

Bisher war die Aufforderung zu strafbaren Handlungen verboten, jetzt soll auch die Anreizung zu denselben oder ihre Darstellung als verdienstliche Handlung strafbar sein.

Damit schwebt schon das Schwert des Gesetzes z. B. über Jedem, welcher es gut heißt, daß Redakteure von Zeitungen ehrenhalber das Zeugniß verweigern und lieber in's Gefängniß gehen, als den Einsender eines Artikels angeben. Aber noch mehr; kann nicht ein eifriger Staatsanwalt finden, daß Schiller ein „Vergehen“ als „verdienstlich“ darstellt, wenn im Jucolo ein Tyrann erschaut wird, in Don Carlos Marquis Posa eine Majestätsbeleidigung begeht, indem er von Philipp II. ziemlich grob Gedankenfreiheit fordert, und Tell den Geßler ermordet? Ist in der „Bürgschaft“ nicht Kullmann-Mörros als Attentäter verherrlicht?

Wahrlich, es giebt nicht zehn Meisterwerke unserer klassischen Dichter, welche nicht dem Tessenorj verfallen müßten!

Wir kommen jetzt zum neuen § 128, demzufolge sämtlichen Arbeitervereinen der Hals gebrochen werden kann. Derselbe lautet:

§ 128. Die Theilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung, Zweck oder Wirksamkeit vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekannte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam den Mitgliedern zur Pflicht gemacht oder von ihnen versprochen wird, ist an den Mitgliedern mit Gefängniß bis zu sechs Monaten, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängniß von Einem Monat bis zu Einem Jahre zu bestrafen.

Gegen Beamte kann auf Verlust der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Aemter auf die Dauer von Einem bis zu fünf Jahren erkannt werden.

Die Motive dazu lauten:

§ 128. Die Vorschrift des § 128 ist gegen die geheimen Verbindungen und gegen solche Verbindungen gerichtet, deren straffe Disziplin die öffentliche Ordnung gefährdet, indem sie der Unterordnung unter die Gewalt und die Gesetze des Staates eine andere Unterordnung — unter das Regiment der Verbindung — entgegenstellen. Die Bestimmung hat sich jedoch als unpraktisch herausgestellt und zwar weil ihre Wortfassung der Tendenz nicht entspricht.

In Betreff der Frage, ob eine Verbindung als eine „geheim“ anzusehen ist, kommt nicht allein in Betracht, ob Dasein, Zweck und Verfassung der Verbindung geheim gehalten werden; die Erfassung hat vielmehr gezeigt, daß manche Verbindungen, obwohl sie ihre Statuten und ihren Zweck vor der Staatsregierung nicht geheim halten, dennoch im Geheimen eine staatsgefährliche Wirksamkeit entwickeln.

Das Gesetz will ferner diejenigen Verbindungen treffen, in denen eine Verpflichtung besteht, gegen unbekannte Obere oder gegen bekannte Obere unbedingten Gehorsam zu leisten; es verlangt aber, daß der Gehorsam versprochen sein muß. Da sich meistens ausdrückliches Versprechen des Gehorsams nicht nachweisen läßt, so haben staatsgefährliche Vereine, trotzdem die fragliche Verpflichtung besteht, gebildet werden müssen. Es kann sachlich keinen Unterschied begründen, ob eine solche Verpflichtung ausdrücklich oder stillschweigend übernommen ist. Schon die thatsächliche Leistung des Gehorsams muß, insofern sich in ihr die stillschweigend übernommene Verpflichtung ausdrückt, straffällig sein.

Auf diesen Gründen beruhen die hier vorgeschlagenen Fassungsänderungen.

Wir finden hier, daß die Strafbestimmungen, wodurch geheime Verschwörungen verhindert werden sollen, nach diesem neuesten Plan gegen jeden noch so harmlosen, ganz öffentlich seine Angelegenheiten verhandelnden Verein gerichtet werden können, falls die Ansicht an maßgebender Stelle greift, daß entweder die Verbindung insgeheim eine staatsgefährliche Wirksamkeit entfaltet, oder daß die Mitglieder thatsächlich, und zwar ohne sich dazu verpflichtet zu haben, dem Vorstande Gehorsam leisten!

Was ist nun aber „staatsgefährliche Wirksamkeit“? Wir haben in den Motiven des Krankenkassen-Gesetz-Entwurfs bereits gefunden, daß es für staatsgefährlich erachtet wird, wenn die Mitglieder eines gewerkschaftlichen Vereins für sich eine Krankenkasse gründen. Es ist demnach gar nicht so unwahrscheinlich, daß ein Staatsanwalt meinen würde, jede Krankenkasse verjähle den draconischen Bestimmungen des § 128 — Gefängniß bis zu 6 Monaten für alle Mitglieder, bis zu einem Jahr für die Vorsteher — und sei eine staatsgefährliche Verschwörung, wenn ihre Mitglieder nebenher einer Gewerkschaft angehören! — Ebenso steht es mit dem „stillschweigenden Gehorsam“. Jeder Wahlverein setzt stillschweigend voraus, daß seine Mitglieder bei Wahlen den Beschlüssen des Vereins gemäß stimmen werden. Jede Gewerkschaft erwartet, daß bei Lohnfragen die Mitglieder den Anordnungen des Vorstandes Folge leisten werden. Von einer Verpflichtung zu unbedingtem Gehorsam, wie beim Militär, ist natürlich nicht die Rede. Aber wenn thatsächlich die Mitglieder ihren Verpflichtungen nachkommen, ist dann nicht zehn gegen eins zu wetten, daß ein Staatsanwalt erklärt, es werde thatsächlich Gehorsam geleistet und deswegen sei der Verein staatsgefährlich?

Sprechen wir es offen aus, der § 128 vernichtet in seiner neuen Form selbst das harmlose Vereinsleben, sobald Staatsanwalt und Richter zur Meinung gelangen, daß entweder irgend eine geheime Bestrebung neben den Vereinszwecken verfolgt würde, oder daß thatsächlich eine feste Organisation bestände, und wie leicht greift nicht eine Täuschung da Platz, sobald die Mitglieder eines Vereins durch socialistischen Geist verbunden sind!

Körgeleude, scandallrende, Vereinspielerei treibende Liberale erscheinen Jedem ungefährlich, aber der socialistische Geist der Bruderschaftlichkeit stößt jedem Nichtsocialisten die Furcht ein, es stehe eine geheime Macht dahinter.

Also ein Todesurtheil für die social-demokratischen Vereine ist jener Paragraf; während die Geheimbünde der Freimaurer von ihm natürlich ausgeschlossen sind.

Trotz alledem ist dies noch nicht die schlimmste „Kaufefalle“. Es kommt noch der unübertreffliche § 130 in seiner neuen Form, den wir im nächsten Artikel betrachten werden.

Deutscher Reichstag.

Die erste Lesung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Erhöhung der Brausteuer.

(Schluß.)

Präsident: Der Herr Staats-Minister Camphausen hat das Wort.

Bevollmächtigter zum Bundesrath für das Königreich Preußen, Vizepräsident des Staatsministeriums, Staats- und Finanzminister Camphausen: Meine Herren, ich habe den Vorzug ertheilt, die Rede des Herrn Reichstags-Vorsitzenden vollständig zu vernehmen, ich bin jedoch auf diesen Platz zurückgekehrt und höre, daß Bemerkungen über meine neulich geäußerte Meinung wegen des Banddiskonto gefallen sind. Darin wurde ein harter Tadel und eine harte Ausübung der Bankverwaltung gefunden, während ich nichts ausgesprochen habe und nichts habe aussprechen wollen, als daß ich eine Herabsetzung des Banddiskonto für nahe bevorstehend hielt, und ich kann Ihnen mittheilen, nach der Mittheilung, die mein Nachbar mir gemacht hat, daß diese Herabsetzung heute erfolgt ist. (Beifall.) Dabei der Bankverwaltung einen besonderen Vorwurf zu machen, ist mir nicht in den Sinn gekommen und hat mir nicht in den Sinn kommen können. Es war vollständig richtig, daß unsere Bankverwaltung Ende September zur Erhöhung des Diskonto auf den ungewöhnlichen Satz von 8 Prozent überging, der übrigens im Vorjahre ungefähr um dieselbe Zeit auch hätte gewählt werden müssen. Diese Diskontopolitik hat dem Lande große Vortheile verschafft, sie hat dazu geführt, die Wechselcourse angemessen zu stellen, sie hat dazu geführt, in Verbindung mit früheren Schritten Gold in's Land zu führen und unsere Goldmünzen im Lande zurückzubehalten. Wie in dieser neulichen einsachen Aeußerung eine große Anschuldigung gegen die preussische Hauptbank hat gefunden werden können, ist mir geradezu unverständlich.

Dann habe ich aus den Aeußerungen des Herrn Reichstags-Vorsitzenden entnommen, daß ich, glaube ich, indem ich einmal bei einer früheren Verhandlung darauf hingewiesen habe, daß die große Majorität des Reichstages den Schritt mitgethan habe, daß ich damit meine Verantwortung dem Reichstage gegenüber abgeben wollte. Nun, meine Herren, ich bin mir nicht allein — und ich habe das übrigens schon öfter ausgesprochen — nicht allein vollständig meiner Verantwortlichkeit an dieser Maßregel wegen Einführung der Goldwährung bewußt, sondern, meine Herren, ich betrachte das unter den wenigen Dingen, die mit zu Stande zu bringen mir vergönnt gewesen ist, als eine der wichtigsten Maßregeln, und hoffe, in später Zukunft mit Stolz darauf zurückblicken zu dürfen, trotz aller Körgeleien und Anschuldigungen, die diese große Maßregel in unserem Vaterlande gefunden hat.

Endlich, meine Herren, schließe ich aus dem Umstande, daß diese Bemerkungen an die Steuervorlagen angeknüpft werden, als wenn namentlich der Redner wohl ausgesprochen haben möchte, ich hätte diese Steuervorlagen im Eiche gelassen und ich schäde dem Reichstag die Verantwortlichkeit dafür zu. Aber, meine Herren, wie ist das nur möglich nach den Darlegungen, die ich neulich gemacht habe, nach den Darlegungen, wo ich auseinandergelegt habe, daß so vera das Reich im Jahre 1875, wenn die Berechnungen des Reichsanwalts-Präsidenten richtig sind, mit einem Defizit von 40 Millionen Mark gewirthschaftet hat, daß das Reich in der Lage sei, in dem Etat pro 1876 Zuschüsse aus den früheren Jahren für den Betrag von 32,068,000 Mark einzustellen zu können und daß, wenn man sich bloß die Aufgabe

stellen wolle, lediglich und allein für das Jahr 1876 zu sorgen, dann, wie Jeder, der zu rechnen versteht, jageden muß, durch Verwendung des mittelmäßigen Ueberschusses von 1875 von 14 Millionen Mark die Möglichkeit gegeben wäre, vor der Hand ohne die neuen Steuern zu recht zu kommen, und daß ich dann die Darlegung gemacht habe, daß ich ein solches Verfahren für eine verkehrte und ungehörige Steuerpolitik betrachten würde, daß wir uns heute zu vergeblichen Arbeiten, wie ohne diese Vorlage der Steuergeetze und ohne deren Annahme wir dem Jahre 1877 in der Weise entgegengehen, daß wir auf ein Defizit von nahezu 50 Millionen Mark und gefaßt machen müssen, auf 46 bis 50 Millionen Mark, und daß diese Summe nur insoweit ermäßigt werden wird, als etwa die Veranschlagung der Steuern und Zölle um einen mehr oder weniger erheblichen Betrag hinter der Wirklichkeit zurückbleibt, daß ich meinerseits glaube und hoffe, die Wirklichkeit werde den veranschlagten Betrag etwas übersteigen, daß ich aber glauben und nicht hoffen kann, so sehr ich es auch wünschen möchte, daß diese Steigerung irgendwie dazu dienen kann, die Lücke auszufüllen und dann notwendig zu einem Erfolg durch Steuern gegriffen werden muß. Nachdem ich dann ferner dargelegt habe, wie der Vorschlag wegen der Börsensteuer als ein durchaus gerechtes und in jeder Zeit annehmbarer zu betrachten sei, meine Herren, wenn Sie eine solche Darlegung als ein Aufgeben der Vorlage betrachten, wenn Sie einer solchen Darlegung gegenüber meinen, ich möchte mich von der persönlichen Verantwortlichkeit zurückziehen, — dann, meine Herren, muß ich Ihnen sagen, daß ich diese Auffassung nicht ganz verständlich finden würde. (Sehr richtig!)

Präsident: Der Herr Abg. Windthorst hat das Wort:
Abg. Windthorst! Meine Herren, als ich vor einigen Wochen äußerte, daß es mit unseren Finanzen nicht ganz absonderlich stehe, wurde ein heftiger Widerspruch bemerkbar. Ich habe auf die Verhandlungen des Budgets hingewiesen in der Meinung, daß diese meine Behauptung rechtfertigen werden. Die Darlegungen des Herrn Präsidenten des Reichstages (Rufe: „Reichs!“) — die Herren wollen lieber „Reichstagspräsident“ — (Zustimmung) des Herrn Geheimen Regierungsraths Michaelis, auch des Herrn Finanzministers von Becken haben nach meiner Ansicht nachgewiesen, daß die Finanzen des Reichs nicht günstig stehen, und ich würde meinerseits aus diesen Deduktionen, die von dem Herrn Richter und dem Herrn Richter nicht widerlegt worden sind, allerdings dahin kommen müssen, eine neue Steuer zu bewilligen, wenn ich nicht glaube, daß durch Ersparungen das, was uns fehlt, gewonnen werden könnte. Ich bin der Meinung, — und das wird sich bei der Detailberatung des Budgets näher zeigen — daß wir sehr erhebliche Ersparungen machen könnten. Und wenn, wie die Thronrede uns gesagt hat, der Friede gesichert ist zu unserer aller Freude, denke ich, wäre es Zeit, daß endlich Versuche gemacht würden, um zu einer größeren Beschränkung des Militäraufwandes in Deutschland und in Europa überhaupt zu gelangen. Ich sage deshalb: meinerseits kann ich nur deshalb für eine neue Steuer nicht stimmen, weil ich die Ansicht habe, daß wir sparen müssen, sparen können und sparen sollen.

Der Herr Finanzminister hat in der vorigen Session bestimmte Klassen der Unterthanen an die Sparbarkeit verwiesen. Diese Mahnung ist für uns recht heilsam und nützlich gewesen, aber ich denke, in Beziehung auf die Nothwendigkeit der Ersparnis muß und darf zunächst auch auf die Reforts der Finanzminister und die sämtlichen Reforts der Verwaltungen hingewiesen werden.

Nun hat ferner in den letzten Tagen der Herr Finanzminister sich als besonders konstitutionell hingestellt, das kann ja uns selbstverständlich nur Freude bereiten. Der Herr Abgeordnete Dr. Kasper hat diese Freude auch sofort einen Ausdruck der wärmsten Natur gegeben; (Heiterkeit) es war das eine interessante Verschönerung, die ich meinerseits kaum begriff, weil ich den Streit hinter den Gardinen nicht gesehen hatte; (Stimme links: Es war auch keiner!) aber bezeichnend war diese Scene sehr, und wenn sie von selbst noch nicht begriffen worden wäre, so haben die Blätter der nationalliberalen Partei das Verständnis und erleichtert. — Es ist, so weit ich weiß, nie so klar und bestimmt von einem Minister das parlamentarische Regiment proklamirt worden, wie es der preussische Herr Staats- und Finanzminister gethan hat, derselbe hat erklärt: wenn die Majorität anderer Meinung ist, als wir, dann treten wir zurück. (Rein! links.) — Das habe ich verstanden, und wenn die Herren den Vortrag lesen wollen, müssen sie ihn auch so verstehen. Ich bin erfreut, bei diesem Punkte eine gewisse Berneinung in den Wünschen der Nationalliberalen zu vernehmen, (Heiterkeit links. Sehr gut! im Centrum) da gerade sie über eine solche Erklärung ihres Lieblingsministers besonders erfreut sein müßten. Meine Herren, für diese Erklärung schenken mir in der Sachlage übrigens keine genügende Notizung vorzuliegen, aber ich habe mich besonders deshalb darüber gefreut, weil ich dachte, sie wäre auch bestimmt für das Bundesratsmitglied für Bayern, für den Herrn Staatsminister von Häußler. (Heiterkeit im Centrum.) — Denn es ist interessant genug, daß wir in dem gewiß bedeutendsten Bundesstaate in der Praxis das Gegentheil von dem sehen, was hier von dem preussischen Minister als konstitutioneller Grundbau publizirt worden ist. (Zischen links. Sehr gut! im Centrum.) — Meine Herren, ich pflege solche Aeußerungen der Minister nicht bloß akademisch aufzufassen, ich ziehe gern praktische Resultate daraus. — Von dem verehrten Herrn Ministerpräsidenten und Reichstagspräsidenten ist diese Aeußerung des Herrn Minister Camphausen heute anscheinend rektifizirt. Der Herr Reichstagspräsident sagt: aus der Ablehnung einer Steuervorlage folgt für uns, daß wir sie wiederbringen, die Ablehnung ist keine Robbetsfrage; sie konstatirt nur eine Meinungsverschiedenheit, eine geschäftliche Meinungsverschiedenheit, die wir demnächst im Laufe der Geschäfte weiter entwickeln und ausgleichen. Der Unterschied der beiden ministeriellen Aeußerungen wird Jedem ohne weiteren Kommentar verständlich sein.

Eine weitere Rektifikation des Herrn Reichstagspräsidenten in Beziehung auf die Aeußerungen des Herrn Ministers Camphausen ist heute vorgekommen, und der Herr Minister Camphausen hat diese Korrektur acceptirt. In sehr weiten Kreisen des Hauses wurden die Aeußerungen des Herrn Finanzministers in Beziehung auf die Bedürfnisfrage in Rücksicht der Steuern dahin aufgefaßt, daß ein absolutes Bedürfnis noch nicht vorliege, daß erst in der Zukunft das Bedürfnis sich zeigen werde, daß man diese Steuern mit Rücksicht auf diese Zukunft zweckmäßig bewillige; daß er aber die Unmöglichkeit, namentlich in Preußen, auch ohne diese Steuern mit den Materialumlagen fertig zu werden, nicht erkenne. Er hat uns gesagt, daß er trotz seiner scharfen Brille diese Unmöglichkeit nicht einsehe. Wenn die Sache aber a so belegen ist, dann muß ich meinerseits sagen: Ich bewillige der Regierung nicht eher Geld, bis die absolute Nothwendigkeit vorliegt. Diese absolute Nothwendigkeit müssen wir aber erst noch erfahren und zwar nach den eigenen Aeußerungen des Herrn Ministers.

Beide Finanzminister dieses Hauses haben laut oder minder laut wiederholt darauf hingewiesen, daß man noch nicht wissen könne, ob nicht die Einnahmen, aus den Zöllen insbesondere, sich noch ganz bedeutend vermehrt haben werden, und daß man deshalb auch noch nicht wissen könne, ob überhaupt im Jahre 1876 irgend welche Verlegenheiten eintreten werden. Das führt auf den Punkt, von dem ich gehofft hätte, daß man etwas Näheres von Seiten der Herren Minister zur Klärung darüber gebietet hätte, oder daß auf diesem Hause zur Klärung desselben beigetragen wäre. Eine Vermehrung der Einnahmen der hier fraglichen Art ist nur dann zu erwarten, wenn das jetzt darniederliegende Gewerwesen, der darniederliegende Handel sich entschieden hebt, wenn der Volkswohlstand wieder in eine bessere Lage kommt, als er heute sich befindet. Die Herren von der nationalliberalen Partei, die über die Sache sich geäußert haben, leugnen eigentlich jeglichen allgemeineren Nothstand. (Auf links: allgemeinen!) — Ich habe ausdrücklich, mein verehrter Herr, (Heiterkeit) gesagt „allgemein“, weil ich weiß, daß insbesondere mein verehrter Freund, der Herr Kollege Richter, meint, lokal seien allerdings Nothstände vorhanden, eine allgemeinere Noth gäbe es aber nicht. Ich behaupte meinerseits nicht, daß ich das Allgemeine vollständig übersehen könnte. Ich stehe in meinen bestimmten Kreisen und mache mir nicht an, aber dieselben weit hinaus zu sehen, aber, das glaube ich doch unbedingt sagen zu müssen, daß in den Kreisen, in welchen ich lebe, der Nothstand sich auf das Äußerste und allgemein bemerkbar macht. (Sehr richtig! links. Auf: Im Centrum!) — Die Herren glauben, mit einem schlechten Gezege ausdrücken zu können, daß die Noth in der Centrumsfraction sei. Meine Herren die Mitglieder der Centrumsfraction befinden sich besser, als Sie. (Heiterkeit; sehr wahr!) aber nicht Alle, die wir zu vertreten haben, und ich

denke meinerseits, das Thema, welches hier zur Verhandlung steht, ist so ernst, daß man es durch solche Paruse nicht verschoben soll. (Sehr richtig! im Centrum.) Wenn ich alle Tage Konjunktur annehmen sehe, wenn ich Firmen fallen sehe, die durch Jahreshandels fest gestanden haben, wenn ich Familien sinken sehe, von denen ich weiß, daß sie in Arbeit und sorgloser Sparbarkeit dagestanden haben, wenn ich sehe, wie tagtäglich die Arbeiter massenhaft entlassen werden, die nicht entlassen werden aber nur viel weniger arbeiten können, wie ihre Löhne reduziert werden müssen bis zu einem Punkte, daß sie das nackte Leben nicht mehr haben, denn mit der Reduzierung der Löhne geht selber die Preisstimmung der Lebensmittel nicht gleichen Schritt, dann muß ich meinerseits sagen, daß die Noth sehr groß und sehr allgemein ist. Ich behaupte aus eigener Anschauung, von der französischen Grenze bis nach Berlin erstreckt die Noth; ob sie in Danzig erstreckt, weiß ich nicht. (Sehr gut! im Centrum.)

Ich meine, meine Herren, es ist nicht gut, so etwas an die Seite schieben zu wollen. Ich bin vielmehr der Meinung, daß man jeglichem Uebel, jeglichem Unglück mit großer Ruhe und Resignation und mit offenen Augen entgegensehen und in es hineingehen soll, um so am ehesten dahin zu kommen, gemeinsam zu überlegen, ob und was etwas geschehen kann, diesem Uebel abzuwehren. Das ist die erste Pflicht des deutschen Reichstags. Der Herr Kollege Dr. Kasper hat gemeint, die Noth sei nicht so groß, weil sich die Sparlasten fällen. Ich muß zunächst den Beweis dieser Behauptung erwarten. Ich weiß nur, daß angeblich das in Harburg der Fall sein soll. (Heiterkeit. Rufe: Berlin!) — auch, wie hier schon behauptet wird, in Berlin. Ich kann nur wiederholen: weisen Sie mir es nach; dann aber folgt für mich daraus allein in Beziehung auf die vorliegende Frage gar nichts; denn ich möchte zunächst wissen: wer sind denn die Leute, die dieses Geld in die Sparlasten tragen? Das sind die nothleidenden Klassen nicht, sondern das sind diejenigen kleinen Besitzer, welche, nachdem alle Banken und alle Banquiers den Kredit verloren haben, nachdem eine große Zahl von Banken zusammengebrochen vor uns liegt und eine andere Zahl den Zusammenbruch fürchten läßt, — sich und Anderen sagen: wir haben allerdings uns anstehen lassen durch den Wunsch, große Zinsen zu haben, und sind zu allerlei unsicheren Kantonisten, die wir heute als solche erkennen, gegangen; da haben wir schon u. s. w. so viel verloren in Provinzialbanknoten, in Dortmund Union u. s. w., daß wir jetzt lieber geringere Zinsen nehmen und unser Geld bei einer guten Verwaltungs-Einrichtung, bei einer guten Sparkasse unterbringen wollen, wie z. B. bei der des Herrn Oberbürgermeisters Grumbrecht. (Heiterkeit.)

Das ist der Grund, warum in diese Sparlasten Depots kommen; die Depots bei den Banken sind nicht mehr so sicher, wie bei den Sparkassen, darum fällen sich die letzteren. Die bezügliche Aeußerung des Herrn Kollegen Kasper wird also, wie ich glaube, die Behauptung über den Nothstand nicht widerlegen, welche ich sehr ungern ausgesprochen, daß ich viel lieber wünsche, daß man sagen könnte: alle Menschen sind so reich, wie sie es wünschen. (Heiterkeit.)

Dann hat der Herr Kollege Kasper gesagt, die Bormwürfe, daß die wirtschaftliche Gesehung der neueren Zeit mit diesem Unglück beizutragen habe, seien unbegründet; nur ein Gesetz sei zu verwerthen, das sei das Aktiengesetz. Ich bin mit ihm der Meinung, daß man das Aktiengesetz sehr rasch revidiren sollte; aber ich bin nicht der Meinung, daß es damit gethan ist. Wir müssen das Gesetz wegen der absoluten Freizügigkeit ebenfalls revidiren; wir müssen die Gewerbeordnung funditus revidiren. (Hört! links.) — Ja, meine Herren, ich weiß sehr wohl, daß Sie widersprechen. Es sind die fraglichen Gesetze Ihre Kinder, und es wäre unnatürlich, wenn Sie diese nicht verteidigten. (Heiterkeit.)

Umbringen will ich sie auch nicht, sondern nur revidiren. (Wiederholte Heiterkeit.)

Ueber die Frage des Zoll- und Steuer-Systems werden wir noch weiter sprechen. In der Rücksicht war mir die Rede des Herrn Ministerpräsidenten und Reichstagspräsidenten nicht ohne Wichtigkeit. Es würde, glaube ich, aus seinen Anschauungen wohl folgen, daß manches auch in der Hinsicht ungesagt werden müßte, was bisher gesagt ist. Inzwischen wollen wir die Erörterung dieses Punktes aussetzen, bis wir an die Zollfragen direkt kommen, die uns ja ganz offiziell gebracht sind. Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Kasper dann noch geglaubt hat, die Konserwativen haben auch geschwindel und haben deshalb Theil an den bestehenden Reklamationen, nun, so habe ich diejenigen Konserwativen, welche geschwindel haben sollen, meinerseits nicht zu vertreten; ich kann nur meinerseits die Freude ausdrücken, daß meine Freunde und ich von jedem Schwindel frei geblieben sind, und daß ich wünsche, auch alle Anderen wären in derselben Lage, dies sagen zu können. Daneben aber bin ich der Meinung, es sollten herantretende Reklamationen mit etwas größerer Vorsicht und Umsicht nach allen Seiten ausgesprochen werden. Unter allen Umständen wird die Existenz des Nothstandes durch solche Reklamationen nicht beseitigt. (Sehr richtig!)

Der Herr Abgeordnete Richter wollte auch nicht zugeben, daß ein Nothstand bestehe, und meinte, wenn ein Nothstand bestehe, so sei es die Folge des Krieges. Ich weiß nicht, ob, wenn diese Behauptung zutreffend sein soll, sich der Nothstand nicht unmittelbar nach den Kriegsjahren hätte zeigen müssen. Da war aber nichts davon zu sehen. Auch ist der geschlagene Feind in gleicher Lage nicht. Es ist ihm das bereits von dem Abgeordneten von Kardorf entgegen worden. Meinerseits bin ich mirlich nicht der Meinung, daß der betreffende Nothstand die Folge des Krieges gewesen ist. Viel eher haben die Milliarden dazu beigetragen, den Schwindel und jetzt den Nothstand hervorgerufen. Aber ich glaube doch, daß auch die viel mehr beschuldigt werden, als sie es verdienen. Ob man sie überall richtig verwendet, das ist allerdings eine andere Frage, die ich meinerseits verneinen muß. Ich habe das in Beziehung auf den Invalidentfonds bereits dargelegt, und es wird wohl noch Gelegenheit kommen, auch bei anderen Verwendungen dies weiter darzulegen. Mag die Ursache des Nothstandes aber sein, welche sie will, er besteht leider, und so lange er besteht, ist an ein Steigen der Einnahmen aus den Zöllen und Steuern nicht zu denken.

Die Milliarden bringen mich dann noch auf die weitere Ausführung des Kollegen Richter, daß davon noch so viel vorhanden sei, daß wir damit alles Fehlende decken könnten. In der Hinsicht hat ihn der Geheimrath Michaelis, glaube ich, vollständig belehrt. (Widerspruch links.)

Ich will es dem Herrn Geheimrath Michaelis und dem Herrn Richter überlassen, darüber sich zu verständigen, und abwarten, ob Herr Richter noch etwas nachweisen kann; ich werde mich über jede Entbedung neuer Schätze recht glücklich fühlen. (Heiterkeit.)

Der Herr Finanzminister hat den Nothstand nicht geleugnet, aber er hat gesagt: ich bin überzeugt, er wird sehr rasch vorübergehen, wir sind schon auf der Besserung. Dieses Wort, das laugne ich nicht, hat für mich eine große Bedeutung gehabt, weil kaum Einer von uns so gestellt ist, alle diese Dinge so zu übersehen, wie der Herr Finanzminister. Aber bei aller Autorität, die ich dem geehrten Herrn auf diesem Gebiete einräume, muß ich doch erklären, daß ich derartige einfache Versicherungen auf meine Ueberzeugung nicht mehr einwirken lassen kann, ich muß die Begründung derselben hören, diese Begründung aber habe ich zu meinem Bedauern nicht gehört. — Vielleicht wäre sie noch zu bringen — und wenn sie zu bringen wäre, denn würde das im gegenwärtigen Augenblick sehr angebracht sein, da die Nothlosigkeit, welche der Herr Finanzminister als jetzt zu sehr vorhanden bezeichnet hat, am besten dadurch beseitigt werden könnte.

Das sind so die Betrachtungen, zu welchen die Diskussion über das Budget und die Steuervorlagen Veranlassung gab bis zu dem Augenblicke, wo der Herr Reichstagspräsident in die Diskussion eingetreten ist. Der Herr Reichstagspräsident hat die Diskussion auf ein ganz anderes Gebiet gebracht und hat weitere politische Erwägungen eintreten lassen, von denen ich dahingestellt sein lassen will, ob sie zu dieser Sache einen vollständig zwingenden Zusammenhang hatten.

Zunächst hat der Herr Reichstagspräsident nicht unternommen, aus dem Bedürfnis die Steuervorlagen zu rechtfertigen. Darauf muß ich meinerseits sagen, daß ich für jede Steuervorlage den Nachweis des Bedürfnisses für das absolute, wichtige und entscheidende halte. Jegliches Experimentiren, mag es noch so wohlgemeint sein, ohne den Nachweis des Bedürfnisses ist bei den Steuern verwerflich. Die Innehaltung der Grenzen des Bedürfnisses ist das erste Prinzip aller Steuern und aller Steuerreformen; wenn wir eine Steuerreform machen wollen, so ist es, glaube ich, recht rathsam, daß wir an diesem Prinzip ansetzen,

und daß wir nur solche Steuern bewilligen und beantragen, deren Nothwendigkeit vollständig nachgewiesen worden ist. (Sehr richtig!)

Der Herr Reichstagspräsident hat dann geglaubt, diese Vorlagen rechtfertigen zu können mit seinen Idealen von einer Steuerreform. Er hat ausgeführt, wie er dafür halte, daß die indirekten Steuern die alleinigen sein sollen und daß als Einkommensteuer höchstens eine sogenannte Anhandsteuer von großen Vermögenden zulässig erscheine. (Schluß in der Beilage.)

Sitzung vom 30. November.

Beginn der Sitzung 12 1/2 Uhr. Der erste Gegenstand der Tagesordnung: zweite Berathung eines Theils des Etats, führt zu keiner erwähnenswerthen Debatte; über die (Elsah-Lothringer) Eisenbahnerverwaltung wird nur Unerhebliches, über die Reichsschuld gar nichts gesprochen. — Zu lebhaften Verhandlungen gab der zweite Gegenstand der Tagesordnung: der Bericht über die Wahl im 10. Rheinischer Wahlkreis, Anlaß. Der Sachverhalt ist in Kurzem: Bei der Reichstagswahl vom 10. Januar 1874 wurden in dem genannten Bezirk 6359 gültige Stimmen abgegeben; von denselben fielen auf den Landeshauptmann v. Seydewitz 3262, also 89 Stimmen über die erforderliche absolute Majorität; auf den Affessor a. D. Jung in Köln 3071. Gegen die Wahl wurde rechtzeitig protestirt, und stellten sich bei der Prüfung Unregelmäßigkeiten der größten Art heraus: Beeinflussung durch Wahlvorsteher, Vertheilung der Wahlscheitel durch Gewandarmen und Ortsrichter; an einem Ort (Wiedrich) fand die Wahl in einem nur durch die öffentliche Schenkstube zugänglichen Raum statt; der Beisitzer, Gutsbesitzer Dr. Duglas, hielt sich während der Wahlhandlung vielfach in der Schenkstube auf, sprach mit den Wählern und ließ größere Quantitäten Bier und Brantwein an dieselben auf seine Kosten ausgeben; ein anderer Beisitzer, Gärtner Hendtschel, vertheilte eigenhändig Seydewitz'sche Stimmzettel, unter Andern auch an den Häusler Stäps, und als dieser den Zettel an der Wahlurne präsentirte, nahm ihn Hendtschel in Empfang, hielt ihn gegen die Lampe und flüsterte dabei: „Es stimmt! laß Dir einen Seidel Bier geben.“ Und so weiter. Kurz, Unregelmäßigkeiten und Beeinflussungen größter Art. Auf Grund dieser Thatfachen wurde durch Reichstagsbeschluß vom 10. April 1874 die Wahl Seydewitz's beanstandet und der Reichstagspräsident ersucht, über gewisse in dem Protokoll angegebene Thatfachen zeugeneidlichen Beweis erheben zu lassen. Letzteres ist geschehen und sind die behaupteten Thatfachen im Wesentlichen als richtig ermittelt worden. Die Wahl kam nun von Neuem vor die Abtheilung (die siebente) zur Prüfung, und wurde von der Majorität beschlossen, die — Gültigkeitserklärung zu beantragen! Sehr lebhaft sprach der fortschrittliche Abgeordnete Frankenberg gegen den Antrag, der aber nach längerer Debatte mit erheblicher Majorität, wie der Präsident ausdrücklich konstatairte, angenommen wurde. Außerdem sollen die betr. „Unregelmäßigkeiten“ zur Kenntniß des Reichstags gebracht werden, mit dem Antrag, das Landrathamt zu Hoyerwerda (das es besonders arg getrieben) wegen der durch Gend'armen bewirkten Vertheilung von Wahlscheiteln, sowie die betreffenden Gend'armen wegen solcher Vertheilung rektifiziren zu lassen, welche „Rektifizierung“ den Betreffenden oder Betroffenen keine Kopfschmerzen verursachen wird.

Der unvermeidliche Diäten-Antrag des Herrn Schulze (von Delitzsch) führte zu einer sehr langweiligen, durchaus keinen neuen Gesichtspunkt zu Tage fördernden Conoersation. Schulze klagte über die „Rückwärtslosigkeit“ des Bundesrats, der sein Kindlein schon so oft erdroffelt — als ob dasselbe nicht todteboren wäre. Herr Kapp (nationalliberal) war so freundlich, sich unsterblich zu blamiren und für etwas „Heiterkeit“ im eigentlichen Sinne des Wortes zu sorgen. Er stolperte so über seine eigenen Worte, daß er nicht wieder auf die Füße geangelt konnte; in seiner Verlegenheit plauderte er übrigens das fatale Geheimniß aus, daß die Diätenlosigkeit das Produkt eines Kompromisses zwischen der Reichstags-Majorität und dem Fürsten Bismarck ist. Windthorst kam auf die Frage der heutigen Beschlußfähigkeit des Reichstages und meinte, daß dieselbe zum Theil wenigstens daher rühre, daß die Regierung nicht genügende Vorlagen ausgearbeitet habe; er bestrawortete indeß die Diäten und meinte, an einen Ausspruch Schulze's anknüpfend, der Reichstag dürfe nicht müde werden, ein Tropfen höflich zuletzt einen Stein, selbst den härtesten Marmor. Ja wohl, alter Schäfer! Aber nicht Worte sind lehrer Häuch, wenn die Kraft und der Muth zu handeln nicht dahinter steht, und das ist hier der Fall.

Seitens der sozialistischen Abgeordneten wäre dies ausgeführt und der Beweis geliefert worden, daß der Reichstag selbst an der Diätenlosigkeit Schuld ist und gar nicht den ersten Willen hat, den Diätenantrag durchzusetzen. Liebknecht, der sich zum Wort gemeldet hatte, wurde durch Valentin mundtot gemacht.

Es fand namentliche Abstimmung statt: 233 stimmten, davon 173 für, 58 gegen den Antrag; 2 (Bebel und Liebknecht) enthielten sich, weil sie nicht für den Papierkorb des Bundesrats arbeiten wollen, ausdrücklich der Abstimmung.

Schluß der Sitzung 3 1/2 Uhr Nachmittags.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.

Politische Uebersicht.

Berlin, 2. Dezember.

Zwei noch unlängst als Katastore der Berliner Börse geltende Banquiers und Inhaber einer bedeutenden Firma — der jetzt falliten Firma Oeh & Kay —, die Kaufleute Hermann Kay und Salomon Kay, werden gegenwärtig stetebrüchlich verfolgt. Das Schlimmste dabei ist, daß durch den Bankrott dieser Schwindler ein großer Theil hiesiger kleiner Bürger um einen Theil ihres Vermögens gekommen sind.

Wie es im „deutschen Reich“ aussieht, ersehen wir aus einer einzigen Nummer des „Frankfurter Anzeigers“ vom 23. November, der folgende Vorkommnisse mittheilt: Am Samstag erhängte sich ein Mädchen. — Zwei Burschen brachen gemeinsam in Dachkammern und Mansarden ein und nahmen daraus mit, was ihnen zum Verschleppen anstand. — Vierundfünfzig arbeitslose Leute wurden zur Aburtheilung eingeliefert. — Gestern waren nicht weniger als 149 Wohnungen zum Vermietzen ausgeben, daneben 200 möblirte Zimmer und 136 Schlafstellen. — An der Börse eine heillose Deroute (allgemeine Kauferei) — der Bettel ist im höchsten Grade. Fürwahr, eine „herrliche Kulturentwicklung!“

Nach statistischen Angaben standen am Ende des vorigen Jahres in England und Wales 28,870 Personen im Dienste der Polizei, 457 davon waren Geheim-Polizisten. Diese Armee der „öffentlichen Sicherheit“ kostete 2,698,412 Pfund Sterling, oder 130,920 Pfund Sterling mehr als im vorausgehenden Jahre. Von den 29,000 Polizisten kommen nahezu 10,000 für die Hauptstadt in Abrechnung. — Berlin, das nicht einmal ein Viertel der Bevölkerung von London zählt, besitzt bereits ca. 15,000 Polizeibeamte.

Die Türkei und der Sultan müssen grenzenlos glücklich sein. Die Gewalt des Sultans ist eine absolute; frei von jeder Kontrolle und Verantwortlichkeit, ist sie weder durch beratende Versammlungen, noch durch die Rücksicht, irgend wem Rechenschaft zu legen, noch irgend wessen Ansicht einzuholen, eingeschränkt. Der Sultan vereinigt in seiner Hand die gesetzgebende, die richterliche und die vollstreckende Gewalt. Der Muselman sagt: „Der Sultan ist der Schatten Gottes auf Erden“, oder auch: „Ein Befehl des Sultans ist das Gesetz selbst.“ Die äußeren Zeichen, mit welchen das Volk und die Großen ihre Ehrfurcht vor dem Sultan zu erkennen geben, entsprechen dieser Allgewalt. Er empfängt höchstens die durch Konstantinopel reisenden Mitglieder regierender Familien, die Botschafter, den Großvezier, den Scheik-ul-Islam und in langen Zwischenräumen einige Minister oder Provinzgouverneure. Die Türken, welche zu ihm Zutritt erhalten, nähern sich ihm nur zitternd; meistens müssen sie mehrere Stunden warten, ehe sie eingelassen werden. Sobald sie die Schwelle des Zimmers, in welchem sich der Sultan befindet, überschritten haben, bleiben sie dicht an der Wand mit weit vorgebeugtem Körper, die Hände über dem Kopfe gekreuzt, in demütigster Stellung oder richtiger ganz niedergedrückt stehen. Man soll dem Sultan nicht in's Angesicht blicken, höchstens wage der Gast, wenn der Sultan das Wort an ihn richtet, einen verstohlenen und fliehenden Blick auf den Herrscher. Auf jede seiner Aeußerungen antwortet man mit einem Asemena, d. i. einem türkischen Grusse, indem man nämlich die rechte Hand an die Lippen und an die Stirn führt. Je tiefer die Hand sich neigt, ehe sie sich zu den Lippen erhebt, desto ehrfurchtvoller ist der Gruss. Vor dem Sultan sinkt sie bis zum Boden herab. Man darf sich nicht vor ihm setzen. Davon giebt es nur eine Ausnahme, wenn nämlich der Sultan einen fremden Souverän oder Prinzen zu Tische lädt, dann sind auch die Minister zugezogen und müssen sich nothgedrungen zum Essen setzen, aber auch dann thun sie es so wenig wie möglich und halten sich ängstlich am Rande ihres Sessels. Wenn der Sultan öffentlich erscheint, so grüßt er nicht das Volk und das Volk darf ihm auch nicht zuzurufen. Ein Jeder nimmt auf seinem Wege die eben beschriebene Stellung. Man erhält erst einen richtigen Begriff von der absoluten Gewalt und ihren Folgen, wenn man diesen Mann allmächtig und mit geringschätziger Miene durch die schweigende Menge, deren schmutzige Gewänder und düstere Blicke ein resignirtes Elend verkünden, vorüberreiten sieht.

* Zu den letzten Maßnahmen unserer Berliner Polizei vom 23. November ist außerdem nachzutragen, daß noch weitere Hausdurchsuchungen bei den Parteifreunden Hagen dorf, Sidhr und Krause stattgefunden haben. Beim Parteifreunde Hagen dorf wurden — wahrscheinlich in Ermangelung eines Besseren, vielleicht von Petroleum — sogar verschiedene national-ökonomische Werke mit Beschlagnahme belegt.

* Versammlungs-Auflösungen. Heinen wieder auf der Tagesordnung zu stehen. So wurde in Eisenach am 26. November eine zahlreich besuchte Arbeiterversammlung aufgelöst. Auf die Frage: „Warum?“ giebt es meist keine Antwort.

* Der letzte Akt eines erschütternden Familiendramas spielte sich am 27. November vor dem Berliner Stadtschwurgerichte ab. Am 22. Februar d. J. starb der Rutscher Horst und ließ seine Frau nach achtjähriger Ehe mit drei Kindern zurück, dem vierjährigen Max, der fünfjährigen Marie und der vierjährigen Elisabeth. War das Fortkommen der Familie schon bei Lebzeiten des Mannes ein kümmerliches, so kam die alleinstehende Frau, in der Sorge um die Kinder, vollends zurück. Sie bezog mit ihrer Mutter, einer Waschfrau, und ihrer Schwester, die den Tag über außer dem Hause beschäftigt war, ein kleines Quartier in der Prenzlauerstraße 66, aus Stube, Kammer und Küche bestehend, und näherte für ein Kürschnergewerbe. Aber der Verdienst reichte nicht für die Bedürfnisse der Familie hin, endlich hörte er ganz auf, und nun versuchte die Frau durch Nähen an der Maschine ihr Brod zu verdienen, was ihr jedoch nicht in wünschenswerthem Maße gelang. Die sonst heitere Frau, die an ihrem Mann mit zärtlicher Liebe gehangen hatte, wurde von Tag zu Tag schwermüthiger, ihr einziger Trost bestand in Thränen und wiederholt unterhielt sie sich mit ihrer Mutter von der Katastrophe des Zimmermeisters Bäusch, der aus Nahrungssorgen seine Familie mit Kohlendunst vergiftete. — Mitte Juli war der Jammer auf's Höchste gestiegen, der Kredit war erschöpft, die letzten entbehrlichen Sachen veräußert, das Geld bis auf wenige Silbergrößen verzehrt. Als am Abend des 22. Juli gegen 7 Uhr die Schwester der Wittwe von der Arbeit nach Hause zurückkehrte, hörte sie aus der Stube her ein verdächtiges Röcheln; bestürzt öffnete sie die Thür und sah zu ihrem Entsetzen die Schwester auf dem Fußboden, die Kinder in den Betten liegend, alle vier Personen fauber gewaschen und mit reiner Wäsche bekleidet. Der kleine eiserne Ofen in der Stube, der gewöhnlich in der Küche als Kochherd diente, der seine Dunst in der Stube deutete gemüthlich an, was geschah. Auf den Hilferuf des jungen Mädchens eilten die Nachbarn herbei. Sie fanden das älteste und das jüngste Kind todt vor, die Mutter und das zweite Kind lebten noch; letzteres verstarb trotz ärztlicher Pflege noch im Laufe der Nacht. Die Mutter wurde bis zum 2. August in der Charité behandelt, um sodann unter die schwere Anklage des Mordes gestellt zu werden. — Die Angeklagte, Marie Louise Auguste Horst, geb. Bergner, ein ärmlich gekleidetes Weib von 28 Jahren, dem Elend und Gram ihren harten Stempel in das früher wohl nicht unschöne Gesicht drückend, erzählte den Geschworenen in herzergreifender, von Thränen unterbrochener Rede ihr schweres Geschick. Sie habe nicht mehr ein und aus genützt, Mutter und Schwester hätten sie von dem geringen Verdienste unterstützt und das habe ihr erst recht das Herz abgedrückt. Am Morgen des 22. Juli sei ihr der Entschluß gekommen, sich das Leben zu nehmen; nachmittags gegen 3 Uhr habe sie den eisernen Ofen in die Stube geschleppt, für das letzte Geld Holzkohlen geholt und dieselben angezündet. Als ihr schon etwas schwindlig geworden, sei ihr Blick auf die Kinder gefallen, einer plötzlichen Eingebung folgend, habe sie dieselben schnell gewaschen, rein angezogen und zu Bette gebracht, „um sie mit sich in's Jenseit zu nehmen.“ Dann habe sie sich über die brennenden Kohlen gebeugt und den Dunst so lange eingeathmet, bis ihr die Verheerung schwand. — Von dem Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß sie vor dem Untersuchungsrichter eingekerkert habe, schon längere Zeit den Gedanken mit sich herumgetragen zu haben, sich und die Kinder zu tödten, versicherte die Angeklagte, damals die Unwahrheit gesagt zu haben, in der Hoffnung, sie werde hingerichtet und auf diese Weise mit ihrer Familie wieder vereinigt werden. — Die Geschworenen gaben nach längerer Berathung ihr Verdict dahin ab, daß die Angeklagte schuldig sei, ihre drei Kinder vorsätzlich getödtet zu haben, daß jedoch nicht erwiesen sei, sie habe die That mit Ueberlegung begangen. Das Urtheil des Gerichtshofes lautete wegen „Tödt-

schlages“ auf — zwei Jahre Gefängniß. — Nun, uns Socialisten kann ein solcher Vorfall nicht mehr in Erstaunen setzen, da wir nur zu gut wissen, daß arm zu sein, in der heutigen Gesellschaft als die größte Schande gilt.

* Wie weit bereits die Franzosenefferei bei uns gediehen ist, ersehen wir aus der „Sammlung deutscher Gedichte für Schule und Haus“, einem Buche, das an Chauvinismus nichts zu wünschen übrig läßt. Das Produkt deutschen Geistes ist bereits auf vielen Lehranstalten und Schulen eingeführt. Zur Charakteristik nationalliberaler Gesinnungsweise theilen wir folgende Stelle daraus mit:

„Schäumt ein ulerloses Meer,
Ueber diese Franken her!
Alle Tristen, alle Stätten,
Härdt mit ihren Knochen weih!
Welchen Rab' und Fuchs verschmähten,
Gebet ihn den Fischen preis.
Dämmt den Rhein mit ihren Leichen,
Laßt, gelaut von seinem Wein,
Schäumend um die Pfalz ihn weichen
Und ihn dann die Grenze sein!
Eine Lustjagd, wie wenn Schützen
Auf der Spur dem Wolfe sühn!
Schlagt ihn todt! das Weltgericht
Frägt Euch nach den Gründen nicht!“

Wem sollten da nicht die Haare zu Berge sträuben? Und solche Poetasterei will man, wie verlautet, dem „Reichslande“ bieten, das unter den Fittichen des „neuen Reiches“ sich ausnahmsweise — „glücklich“ fühlt? Wohl bekomms!

Innere Parteiangelegenheiten.

Einladung

zur Landes-Versammlung der sächsischen Social-Demokraten, welche zu Chemnitz, Sonntag, den 9. Januar 1876, von Vormittags 10 Uhr an, in Tark's Saal, Königstr. 8, stattfindet.

Tagesordnung:

1. Besprechung der nächsten Reichstags-Wahlen;
2. Berathung bezüglich des Vorgehens der Partei zur Erlangung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für den sächsischen Landtag und die Gemeinde-Collegien.

Indem wir die sächsischen Parteigenossen um zahlreiche Theilnahme bitten, bemerken wir, daß Sonnabend, den 8. Januar, Abends, ein allgemeiner Commerc

in Elysium

zur Begrüßung der Gäste von den Chemnitzer Parteigenossen in Aussicht genommen worden ist.

Die Letzteren werden für die schon Sonnabend eintreffenden Parteigenossen Quartiere besorgen und ist zu dem Zweck die rechtzeitige Anmeldung bei dem unterzeichneten Lokal-Comité erforderlich.

An das Letztere wolle man auch etwa noch zur Tagesordnung zu bringende Anträge

bis zum 1. Januar n. J.

einreichen.

Mit social-demokratischem Gruss

Bebel. Geib. Liebknecht. Motteler. Bahlteich.

Für das Lokal-Comité:

Ph. Wiemer, Poststr. 34, Chemnitz.

* Am 29. November fand die Verurtheilung der am 6. und 7. Nov. verhafteten sechs Parteigenossen vor dem Kreisgericht zu Altona statt. Forschner wurde freigesprochen, vier Andere erhielten je 7 Tage und einer 10 Tage Gefängniß. Die Verhandlung wird in einer der nächsten Nummern eingehender besprochen werden.

* Sonntag, den 28. November, fand in Berlin in den Lokaltäten der Brauerei „Tivol“ eine von Tausenden besuchte Arbeiterversammlung statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Bebel über die Stellung der Arbeiter und Kleinrentner zum Socialismus referirte. Einen ausführlichen Bericht erhalten unsere Leser in der nächsten Nummer.

* Die streikenden Tucharbeiter in Langensalza erlassen folgenden Aufruf:

Werthe Genossen und Brüder!

Es wird Euch wohl schon durch verschiedene Organe bekannt geworden sein, daß die Weber der Altien-Tuchfabrik Langensalza wegen unbegründeter Lohnreduzierung und unpässender Behandlungen seit dem 9. Oktober die Arbeit eingestellt haben. Die Vororts-Verwaltung zu Krimmitschau ist mit ihrer Kasse nicht im Stande, eine solche Masse auf die Dauer zu erhalten, die Kasse ist sogar schon erschöpft.

Wir wenden uns daher vertrauensvoll an Euch, werthe Genossen und Brüder, und appelliren an die Gefühle der Menschlichkeit. Habt Erbarmen mit Euren darbedenden Brüdern, damit sie der Kapitalmacht Widerstand leisten können! — Helfet uns, damit wir nicht dem Hohn und Gespötte preisgegeben werden! — Man wendet alle erdenklichen Mittel an, um unsere gerechte Sache in ein schlechtes Licht zu stellen, die ärgsten Lügen werden in öffentlichen Blättern verbreitet, um uns lahm zu legen. Der Aufsichtsrath von Krimmitschau ist hier gewesen und hat die Ursachen des Streiks untersucht und geprüft und hat sich selbst darüber ausgesprochen, „daß er Alles viel schlechter gefunden habe, als wie wir es ihm noch Krimmitschau berichtet hätten, und daß der Strike ein gerechtfertigter sei.“

Darum, werthe Genossen und Brüder, steht uns bei und helfet, denn fast alle Streikende sind Familienväter und die Noth tritt immer ernster heran. — Helfet uns den Sieg erringen, damit wir nicht unterliegen, damit wir dann nicht erst recht der Noth unterworfen sind.

Auch die kleinste Gabe ist willkommen, aber schleunige Hülfe thut sehr noth, lieben Brüder.

Das Comité.

J. A.: Georg Scharr, Vorsitzender.

Neustadt 815.

Alle Briefe und Geldsendungen an obige Adresse. Quittungen werden in den Parteiblättern, oder wo es sonst gewünscht wird, veröffentlicht.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

An die Mitglieder der Gewerkschaft der Holzarbeiter!
Da in Folge einer zu Altona gehaltenen Rede unser Freund und Leiter der Gewerkschaft Bruno Roje plötzlich verhaftet wurde und es bis zur Stunde noch nicht gelungen ist, ihn weder so, noch gegen angebotene Caution auf freien Fuß zu bringen, so sah sich der Ausschuss der Gewerkschaft genöthigt, Anstalten zu treffen, damit in der Führung der Geschäfte keine Störung eintritt. Es ist nun bis auf Weiteres der zweite Vorsitzende der

Gewerkschaft, Reinhard Meier, mit der Redaction der „Union“ betraut und im Weiteren mit mehreren bewährten Freunden der Gewerkschaft ein Abkommen getroffen, wonach dieselben sich in die Führung der Geschäfte theilen.

Es wird also nach wie vor die Verwaltung eine geregelte sein und die Verhaftung unseres Freundes weiter keine Störung nach sich ziehen. Sollte im Laufe der letzten Woche das Eine oder Andere nicht besorgt worden sein, so ersuchen wir die Gewerkschaftsgenossen, dies auf das Conto der plötzlichen Verhaftung zu setzen und etwa nicht besorgte Bestellungen zu erneuern.

Gewerkschaftsgenossen! Die Verhaftung unseres Geschäftsführers ist zwar ein harter Schlag, indessen werden wir denselben zu pariren wissen. Lasse sich kein Mitglied durch solche kleine Polizeimaßregeln abschrecken, sondern halten wir alle fest zur Fahne. Den Einen kann die Staatsgewalt aus unserer Mitte reißen, um ihn auf kürzere oder längere Zeit unschädlich zu machen, uns Alle aber kann sie nicht ins Gefängniß sieden, und deshalb müssen die, die in der Freiheit sind, denen es noch gestattet ist, die freie deutsche Reichsluft zu genießen, unermüdet weiter arbeiten und wirken, damit unsere Vereinigung mehr wachse und gedeihe und somit bewiesen werde, daß unsere Verbindung auf festen gebaut und nicht durch die Beseitigung irgend eines Einzelnen vernichtet werden kann.

Gewerkschaftsgenossen! Seid am Platz! Die Adresse für alle an die Gewerkschaft bestimmten Briefe ist nach wie vor: Redaction der „Union“, Breitestr. 39 L.

Hamburg, den 27. November 1875.

Mit social-demokratischem Gruss

Der Ausschuss der Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Reinhard Meier, zweiter Vorsitzender. H. Somann, Kassirer.
W. Eberhard, D. Weinhold, Beisitzer.

Erfeld, 29. Nov. (Prozeßbericht.) Den Lesern des „Neuen Social-Demokrat“ wird es vielleicht nicht uninteressant sein, etwas Näheres über meine Verhaftung zu erfahren. Sonntag, 8. Oktober, sprach ich in Kempen in einer Volksversammlung über die Bestrebungen der Socialistischen Arbeiterpartei. Nachdem ich, von der französischen Revolution anfangend, die Entwicklung unserer gesellschaftlichen Zustände beleuchtete und die zwingende Nothwendigkeit der Gründung einer eigenen Arbeiterpartei klar gelegt hatte, ging ich dazu über, die einzelnen Forderungen unserer Partei zu spezialisiren. In politischer Beziehung strebten wir die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger an. Abschaffung aller Censurwahlen und Umänderung unseres heutigen Steuerwesens. In socialer Beziehung Abschaffung des Systems der Lohnarbeit und eine gerechtere, gleichmäßigere Vertheilung des Arbeitsertrages durch Errichtung von Productiv-Assoziationen mit Staats-hülfe. Um den Einwand, der Staat könne und dürfe nicht zu Gunsten einer Klasse interveniren, von vornherein zu widerlegen, führte ich an, daß noch kein Krieg geführt worden sei, in dem nicht bedeutendere Summen aufgebracht worden, als wir sie zur Begründung von Productiv-Assoziationen für nöthig hielten. So sind beispielsweise bei den letzten sogenannten heiligen Kriege zunächst 120 Mill. Thaler, nach der Schlacht von Sedan noch 100 Mill. Thaler vom norddeutschen Reichstage bewilligt und durch Zeichnungen aufgebracht worden. Ran geistete ich das Kriegführen — — — hier sprang der überwachende Bürgermeister, Herr Mooren von Kempen, auf und rief: „Das werde ich mir merken!“ Ich erklärte ihm, mich nicht mitten im Satz zu unterbrechen, sondern den Schluß auszusprechen zu lassen; doch vergebens, er verlagte meine Verhaftung, die denn auch von den gleichfalls anwesenden zwei Polizeibeamten gleich ausgeführt wurde. An der Thüre des Saales angelangt, rief er: „Schließt mir den Menschen!“ Ich protestirte gegen dies Vorgehen, indem ich meine Bereitwilligkeit mitzugehen sofort erklärte, aber umsonst, er fürchtete, ich könne ihm „durchgehen“. (Zwischen zwei Polizisten und hinterdrein der Bürgermeister.) Und so wurde ich denn, die Hände übereinandergeklappt, durch die Stadt zum Municipal-Gefängniß abgeführt. Dort angekommen, sagte der Herr Bürgermeister: „Hätten sie nur das eine Wort nicht gesagt, ich bin selbst schon Abgeordneter gewesen und strebe für die Freiheit, allein das war zu viel.“ Ich erklärte ihm, wenn er mich hätte ausprechen lassen, so würde der Satz ganz anders gelautet haben, worauf er erwiderte: „Ich habe an der Bewegung ihrer Stimme gehört, daß sie noch etwas hinzufügen wollten, sie hätten auch durch den Rath der Bordenjah lindern können, aber ich möchte Sie unterbrechen.“ Den andern Tag wurde ich zwischen 12 und 1 Uhr von den zwei Polizeibeamten geholt und nach dem Rathhaus geführt. Ob durch Zufall dies in der Stadt bekannt war, weiß ich nicht, die Straßen, die wir passirten, waren angefüllt mit gaffenden Menschen. Nachdem mir das Protokoll vorgelesen und mir durch den Bürgermeister Feder und Papier bewilligt war, damit ich meine Rede auch reproduziren und an die Oberprocuratur einleiten könne, wurde ich wieder zurückgeführt. Erwähnenswerth ist noch, daß zu gleicher Zeit ein Mann eingedrückt wurde, den man auf frischer That beim Diebstahl ertappte. Er hatte Sped gestohlen. Nachdem der Thatbestand festgestellt wurde, ihm bedeuert, er könne nun gehen, das Weitere würde sich finden. Dienstag, den 5. Oktober, wurde ich per Bahn nach Cleve transportirt. Auf dem Transportzettel stand: „Aufwieger, wegen agitatorischer Rede!“ Ein Antrag, mich gegen Leistung einer Caution freizulassen, wurde abgelehnt. Freitag, den 22. Oktober, hatte ich am Justizpolizeigericht zu Cleve Termin. Die Anklage lautete wegen Vergehen gegen §§ 130 und 131. Ran hatte in meinen Ausführungen über das Dreifachen-Wahlgesetz auch noch eine Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung gefunden. Als Belastungszeuge fungirte der Herr Bürgermeister. Er reproduzirte meine ganze Rede und suchte zu beweisen, daß ich in einem aufregenden Tone und jedesmal, wenn ich vom Staat oder von Beamten gesprochen, mit einer gewissen Beratung gesprochen hätte und gab zu, daß er mich mitten im Satz unterbrochen. Der Staats-Anwalt beantragte zwei Monat Gefängniß. Als Entlastungszeugen waren die Parteigenossen F. Buschender aus Erfeld und C. Würich aus Uerdingen anwesend. Nach einer gut gehaltenen Verteidigung von Seiten meines Rechtsbeistandes, Dr. Hoffmann, und von mir selbst, worin namentlich Herr Hoffmann hervorhob, daß der Krieg eine historische Thatfache sei und daß eine Kritik desselben nicht strafbar sei, wolle man eine spätere Geschichtsschreibung nicht zur Unmöglichkeit machen, und man auch außerdem in einem nicht ausgesprochenen Satz kein Vergehen erblicken könne, erkannte der Gerichtshof auf Freisprechung in beiden Fällen. Schon glaubte ich mich der Freiheit wiederzugeben; doch im Rath der Götter war es anders beschaffen. Der Staatsanwalt legte Appell ein und ich wurde wieder in's Gefängniß zurückgeführt. Montag, den 25., wurde schon in der Appellinstanz verhandelt. Bürgermeister Mooren war wieder anwesend. Der Oberprocurator beantragte nach einer längeren Rede über die Agitation der Socialisten und nach Verlesung verschiedener Berichte, worin das Wahnen der Bewegung und ich als ein „gefährlicher“ (?) Agitator geschildert wurde, Aufhebung des Urtheils erster Instanz und Erkenennung einer Gefängnißstrafe von drei Monaten und die Kosten. Der Gerichtshof erklärte nach einer glänzenden Verteidigungsrede meines Anwalts das Urtheil erster Instanz in Bezug auf § 130 für bestätigt, doch dagegen dasselbe in Bezug auf § 131 auf und verurtheilte mich zu sechs Wochen Gefängniß, unter Anrechnung der Untersuchungshaft, und in die Kosten. Bemerkten will ich noch, daß der Herr Bürgermeister nach der Sitzung das Gefängniß besichtigte, wo er sich auch in meine Zelle führen ließ. Ueber die Behandlung in Cleve kann ich nicht klagen, sie war den Verhältnissen nach eine äußerst humane und bedeutend bessere, wie die in Stuttgart, wo ich als Untersuchungs-Gefangener nicht einmal Licht bekam. Vor meiner Verurtheilung hatte ich Selbstverpflanzung, nach derselben kam ich mit dem Redakteur und Verleger des „Clevischen Volksfreund“ zusammen und beschäftigte mich mit Buchbinderearbeit. Am 14. November wurde ich entlassen und habe die Agitation wieder frisch aufgenommen, denn derartige Schreden verfangen nicht. Briefe, die Agitation betreffend, bitte ich an untenstehende Adresse zu richten. Mit social-demokratischem Gruss

Kugust Drechsach, Peterstr. 82.

Ottensen, 24. November. (Vollversammlung.) In der am Donnerstag, den 18. d. M., im Lokale des Gastwirts Burmeister in Ottensen abgehaltenen Vollversammlung wurde nach einem längeren Referat des Herrn Richter aus Wandsbeck in Betreff der Strafgesetznovelle folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Vollversammlung erklärt in der Strafgesetznovelle, resp. in den vom Bundesrat dem Reichstag vorgelegten Änderungen des Strafgesetzbuches einen Versuch, das heute bestehende Vereins- und Pressegesetz zu Gunsten der reaktionären Richtung umzuwandeln, und spricht um so mehr ihre Mißbilligung darüber aus, weil es ihrem Ermessen nach viel richtiger wäre, wenn sich das Hauptaugenmerk bei Änderung des Strafgesetzbuches auf das Grnder- und Schwindlerwesen gerichtet hätte.“ — Zu Punkt II, Biersteuer, sprach Herr Rollenbuhl und wurde die Berliner Resolution einstimmig angenommen. Zu Punkt III, der Tagesordnung: „Das Hlfelassengesetz“, erklärt Herr Richter sodann noch die Bedeutung desselben, spricht von den Nachteilen der Zwangskassen, welche unter der Kontrolle der Behörden stehen und führt ein Beispiel von einer detarizierten Kranken- und Sterbefasse in Wandsbeck an. Wenn der Minimalbeitrag circa 30 M. beträgt, sagt Redner noch hinzu, und derselbe unter gleichen Verhältnissen bei den Zwangskassen einer Staats- oder Kommunalsteuer gleich zu erachten ist, so müsse sie auch als solche erkannt und von unseren Reichstagsabgeordneten demgemäß behandelt werden. In's Bureau waren Unterzeichner und Otto als Vorsitzende, Herr Stegen und Rollenbuhl als Schriftführer gewählt. Mit social-demokratischem Gruss
H. Deerhold.

Öttingen, 18. Nov. (Vollversammlung.) Montag, den 15. d., fand hier auch wieder einmal eine Vollversammlung statt, in welcher Parteigenosse Fr. Klute über die Erhöhung der „Braumalz-, resp. Biersteuer“ referierte. Referent entledigte sich zur groten Zufriedenheit aller Anwesenden seiner Aufgabe, was am deutlichsten die wiederholten Bravorufe bezeugten. Die Nationalliberalen, welche das grote Kontingent gestellt hatten, wunderten sich sehr darüber, daß Freund Klute so streng zur Sache sprach und nicht in rohe Schimpfreden ausartete, wie es laut Reptilienpresse von den Social-Demokraten gern zu geschehen pflegt. Am Schlusse dieses Vortrages wurde die bekannte Resolution einstimmig angenommen. Dieran schloß sich ein Vortrag vom Parteigenossen Gieß aus Wänden, welcher in eben nicht sehr schmeichelhaften Worten die Reptilienpresse und ihre Verfker bearbeitete. — Die Parteigenossen waren in dieser Versammlung nicht zu zahlreich vertreten, und wäre wohl zu wünschen, daß ein etwas regerer Geist hier Platz griffe. — Schließlich den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Delegierter, welcher u. A. den „Neuen Social-Demokrat“, „Volkstaat“, so wie verschiedene andere Parteibltter enthält, sich im Lokale des Restaurateurs Wilhelm am Markt befindet.
Ab. Stoffe.

Hamburg, 25. Nov. (Allgem. deutscher Schiffszimmerer-Verein.) Bierzig Wochen sind bereits verflossen, seitdem unsere Kollegen in Lübeck sich im Kampfe befinden. Der 11. Februar rückt abermals heran und ein Jahr ist es dann verstrichen. Aber so einstimmig wie damals die Arbeit niedergelegt wurde, eben so einstimmig liegt noch heute der Beschluß der Kollegen vor, auf ihren gerechten Forderungen zu bestehen und einstimmig werden auch sämtliche Schiffszimmerer von Lübeck, gestützt auf ihre deutschen Kameraden, den anmahenden Bedingungen der Meister entgegenzutreten. Ja, heute nehmen sie schon die Frage in die Hand, das Geschäft in Lübeck selbstständig zu betreiben. Es liegt die Frage nicht mehr vor: „Wann werden die Meister unseren Forderungen nachgeben?“ Nein, es liegt vielmehr die Frage vor, ob in Lübeck ein Platz zum Rielholen der Schiffe zu bekommen ist? Würde diese Frage erledigt sein, dann würden die Herren Schiffsbaumeister in Lübeck für unsere Kollegen überflüssig sein. Es wird gewiß hierbei bei unsern Lesern die Frage aufstehen: Doch, wenn in Lübeck die Schiffszimmerer das Geschäft selbstständig betreiben, dieselben nur mit alten Reparaturen sich befassen könnten und Neubauten wegen Mangel theoretischer Kenntnisse zu übernehmen nicht im Stande seien und dadurch Lübeck als Seehafen im Schiffsbau geschädigt werde. Ich erlaube dieses und werde daher Allen in unserer Sache eingeweihten Lesern hierüber völlige Berichtigung verschaffen. Es mag nun vielleicht Geshste geben, in denen nur wenige Arbeiter beschäftigt werden, die theoretisch wie auch praktisch ausgebildet sind. Dies ist aber bei den Schiffszimmerern nicht der Fall. Gerade unter den Schiffszimmerern hier in Deutschland giebt es unzählige Arbeiter, die in theoretischer wie in praktischer Hinsicht einem sehr großen Theil der Schiffsbaumeister weit überlegen sind. Gerade hier in Deutschland sind es die einfachen Schiffszimmerer-Tageelhner (die sich den Tag über für ein erbrmliches Tagelohn abqualen müssen), welche im Stande sind, falls ihre theoretischen und praktischen Kenntnisse zur Geltung gelangen würden, den Schiffsbau hier in Deutschland bedeutend zu entwickeln. Ja, aus einem einzigen Orte unseres Vereins würden wir im Stande sein, so viel Männer heraus zu finden, welche sämtliche Neubauten hier in Deutschland übernehmen könnten. Wenn wirklich einmal ein Examen stattfinden würde, dann se es wahrlich schlecht um einige Schiffsbaumeister, die sonst eine hervorragende Rolle spielen, aus. Es thut der Name „Meister“ Nichts zur Sache, obgleich es Schiffsbaumeister giebt, deren Eltern es sich zur Aufgabe machten, ihren Sohn etwas „Tüchtiges“ lernen zu lassen und

ihn vielleicht nach Amerika sandten, um ihn im Schiffsbau nach amerikanischer Methode in theoretischer und praktischer Hinsicht auszubilden zu lassen. Derselbe lehrte zwar auch zurück, ausgerüstet mit schredlichen Donner- und Sturmworten (ganz nach amerikanischer Sitte), aber weiter nichts. Rechten wir aber jetzt zu der alten Hanjastadt Lübeck zurück, wo unsere Kameraden sich im Kampfe befinden, und fragen wir uns, ob die Schiffsführer und Kapitäne gegen ihre eigenen Interessen handeln würden, falls sie ihre Arbeiten unseren dortigen Kollegen übertragen würde? Gewiß nicht! Könnten etwa die jetzigen Schiffsbaumeister in Lübeck sich rühmen (trotz ihres vielen Geldes), etwas für die alte, früher bedeutende, Handwerksstadt geistig zu haben, und in Hinsicht der Einrichtungen des Schiffsbauwesens die Stadt Lübeck im Range mit ihren Nachbrstadten Hamburg und Bremen erhalten zu haben? Die Stadt Lübeck steht mit ihren Schiffsbauern gegen letztere genannten Stdtte mindestens um 20 Jahre zurück! Wenn also die Stadt Lübeck bezüglich des Schiffsbauwesens vorwärts streben soll, dann ist es notwendig, daß die Herren Schiffsführer und Kapitäne ihre Arbeiten einmal unseren Kollegen zu übertragen versuchen. Oder sind etwa die Forderungen unserer Kollegen, welche sich pro Stunde auf 35 Pf. belaufen, ungerecht zu nennen? Und weshalb dauert der Streik überhaupt noch fort? Nur allein, weil die Meister eine Klassifizierung einführen wollen und einen Theil der Leute nach ihrem Willen zu zahlen gedenken! Ob die Meister auch wohl auf ihren Rechnungen einen Unterschied machen? Ich glaube schwerlich; darauf werden wohl Alle einen ziemlich „hohen“ Lohn erhalten! Wir kennen die Ursache und den Grund der Klassifizierung, wie es die Meister erstreben, ganz genau, geben den Herren aber die Versicherung, daß sämtliche Schiffszimmerer Deutschlands ihre Rechte, die auf Wissen und Organisation beruht, bereits kennen gelernt haben, und daher stolz das Haupt emportragen, wissend, daß, wenn auch augenblich die Arbeit flau bestellt, wodurch die Meister in den Stand gesetzt worden sind, ihre „Meisterrolle“ spielen zu können, doch wieder eine bessere Zeit kommen wird, wo alsdann mit solchen Herren Abrechnung gehalten wird. Darum auf! Kameraden, kämpfen wir nur ruhig in der alten Weise unerschrocken weiter. Mit social-demokratischem Gruss:
H. Groß.

Hamburg, 21. Novbr. (Allg. Dttcher- [Kper-] Verein.) Am 13. d. Mts. stellten die Kper, 32 Mann, auf der Nagel'schen Spiritfabrik die Arbeit ein, da ihnen nach vorgehenden Einigungsversuchen ein Lohnabzug von 14 1/2 pCt. gemacht wurde. Herr Regel kämpfte noch vor einem Jahre, er möchte auch wohl Mitglied unseres Vereins sein, zog aber schon im Mai d. J. die gewährte Lohnerhöhung bis auf 5 pCt., so wie auch das Fhrgeld über die Elbe wieder ab. Damals gab er den Trost, die Lebensmittel würden diesen Sommer wieder billiger werden, und wenn die Arbeiter sich wieder „hart“ fühlten, dann brauchten sie es nur zu sagen, dann gebe er auch wieder mehr. Die Arbeiter hätten zu viele Anspnne an das Leben gemacht; sie sollten mehr nach den Prinzipien von Schulz-Delbsch handeln und sparen, denn noch nie sei Einer verhungert. Er bedauerte, daß die Arbeiter sehr oft Mittags nur Brnne und Kaffee zu genießen hätten, und er wllte statt dessen vermittelst seines Dampfbetriebes in einem großen Kessel Erbsen und Bohnen zur gemeinschaftlichen Benutzung kochen lassen. Außerdem wurde in Aussicht gestellt, daß die Arbeiter per Eisenbahn, Omnibus oder Dampfschiff in die Fabrik befördert werden sollten, aber leider waren das nur alles sne Redensarten; denn in derselben Rede, die er damals hielt, hieß es, die Arbeiter möchten billiger arbeiten, wenn sie Hamburgs Wohlleben aufrecht erhalten wlten, andernfalls gänge die Arbeit nach Holland und Belgien.“ Nun ist's auch noch so gekommen, daß die Arbeiter des Herrn Regel noch den Hring entbehren sollen, den sie bei ihrer schweren Beschäftigung sich noch dann und wann kaufen konnten. Der mittelmäßige Arbeiter verdient bei Stdterarbeit noch nicht einmal 15 Mark, und doch will der Herr Fabrikant noch mehr am Lohn abziehen. Wie dann noch Jemand bei der schweren Arbeit existieren soll, ist nicht zu begreifen. Kollegen, deshalb bitten wir Euch, den Zuzug nach hier fern zu halten und, wo Ihr könnt, helft, die Strickenden mit etwas zu unterstützen. Auch diene zur Nachricht, daß die Dttcher- [Kper-] Gefellenherberge nur Spitalstr. 18 und Rademeyers-Bureau gr. Burfah 38 bei C. Kroll ist. Dasselbe werden auch Unterstützungen entgegengenommen.

Berlin, 28. November. (Allg. Dttcher- [Kper-] Verein.) Da unsere Kollegen auf der Nagel'schen Spiritfabrik zu Hamburg verschiedene Male Lohnabhnge gemacht sind und es jetzt von Neuem versucht wurde, abzuweichen, so ist es von unseren 32 dort arbeitenden Kollegen, trotz aller Nähe zur Einigung am 13. dieses, zu einer Arbeits Einstellung gekommen. Sämtliche Kollegen von außerhalb werden ersucht, den Zuzug von dort fern zu halten. Etwas Unterstützungen wolle man senden an H. Jper, Riddelwiese 1., zweite Etage, Hamburg. NB. Alle Arbeiterbltter werden ersucht, obigen Bericht in ihre Spalten aufzunehmen.
D. Fischer, Vorsitzender, Amalienstr. 12.

Konstanz, 25. November. (Allgemeiner deutscher Schneider-Verein.) Allen Kollegen zur Nachricht, daß unsere Prinzipale beschlosen haben, nach Weihnachten das sne Camphaus'sche Rezept gegen uns in Anwendung zu bringen, und uns mit Lohnabhngen als

Weihnachtsgeschenken beglücken wollen. Wir ersuchen die Kollegen, den Zuzug von hier fern zu halten.
J. Bnig, Bevollmächtigter.
NB. Alle Arbeiterbltter werden um Abdruck des Obigen gebeten.

Ein interessanter Professorenpops muß dem national-liberalen Verein zu Berlin abgeschrieben werden. Die „Volk-Zeitung“ schreibt darüber:
„Der national-liberale Verein hielt nach längerer Pause am Montag Abend wieder eine Versammlung ab, in welcher der Abg. Prof. v. Sybel einen Vortrag über die orientalische Frage hielt. Nach einer versuchten Feststellung dessen, was man eigentlich unter der „orientalischen Frage“ zu verstehen habe und nach einer geschichtlichen Darstellung dessen, was namentlich seit dem Jahre 1790 sowohl von einzelnen Sultanen wie von den europäischen Regierungen zu ihrer Lösung erstrebt worden sei, pries der Vortragende schließlich die Vortrefflichkeit eines Planes dazu, den im Auftrage Friedrich Wilhelm III. der Prof. Leopold v. Ranke entworfen habe, der indes nach Mittheilung an den Pariser Kongreß leider sofort unter den Tisch gefallen sei. Derselbe sei aber noch heute der beste gegenüber den jetzt vorgeschlagenen. (Beifall.) Der Vortrag endete ohne weitere Diskussion.“
Giebt es etwas Komischeres, als daß die orientalische Frage, diese verzweifelte Machtfrage, hinter der sich die Eifersucht der Großmächte versteckt, nach dem uralten Rezept eines Berliner Professors gelöst werden soll? — Türken und Herzoginwider, fallt Euch in die Arme und pilgert nach Berlin. Der weiße Professor von Sybel wird Euch beglücken — mit dem „Stein der Weisen“!

Zur Beachtung.
Die Adresse des Sekretariats der Socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ist jetzt
Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.
J. Auer, C. Derosoffi.

An unsere Leser.
Des Zusammenhanges der Debatten im Reichstage halber, sowie ferner, weil die dort gehaltenen Reden unserer Parteigenossen nur dann unbelästigt von dem Herrn Staatsanwalt Tessenborff zum Abdruck gebracht werden können, wenn zugleich mit ihnen die übrigen Reden der bezüglichlichen Verhandlung nach dem stenographischen Bericht verpfflichtet werden, selbst unser Blatt gegenwärtig an einem kaum zu bewältigenden Stoffandrang. Wir würden gern durch Beilagen, wie der heutigen Nummer eine solche beigelegt ist, den massenhaften Stoff rasch verarbeiten, aber da jetzt in der Associations-Buchdruckerei die einfache Maschine in ununterbrochenem Betrieb sich befindet, so ist der häufigere Druck von Beilagen uns absolut unmöglich. Wir ersuchen daher unsere Leser freundlich, sich noch etwa eine Woche lang zu gedulden, inzwischen werden wir die Debatten über die Stuttgarter Wahl, den Postetat u. s. w. allmählich zum Abdruck bringen. Sobald, was Ende nächster Woche der Fall sein wird, die Doppelmaschine der Associations-Buchdruckerei in Betrieb gesetzt ist, werden wir durch Beilagen das Verzögerte rasch nachholen.
Die Redaktion des „Neuen Social-Demokrat.“

Briefkasten.
Cöln. Der betreffende Bericht befindet sich in unseren Händen und wird zum Abdruck gelangen.
Die Redaktion.
Bever in Linden bei Hannover wird um seine genaue Adresse ersucht, weil ein vor 14 Tagen an ihn gesandtes Paket zurückgekommen ist.
Die Expedition.
Freund C. Socis, Berlin, und Witt in Bremerhaven. Dergleichen Aufforderung können wir, sobald es Privatfache betrifft, nicht aufnehmen.
Roll in Altona. Wir nehmen, so lange uns nicht andere Weisung zugeht, von Altona nur solche Annoncen auf, die den Filial-Stempel tragen.

Anzeigen.

Berlin. Donnerstag, 2. Dezember, Abends 8 Uhr, Brndenstr. 10a, Café Mittelhaus, **Geschl. Mitglieder-Vers. des Socialistischen Arbeiter-Wahl-Vereins.** Fortsetzung der letzten Tagesordnung. Karte vorzeigen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Arbeiterversammlungen:
Sonnabend, 4. Dez., Ab. 8 Uhr, 1) Gratzweil's Bierhallen, ob. Saal. Die Frauen-Emancipation, Vortrag des Herrn Adam. Verschiedenes.
2) Elsfasserstr. 57 bei Joller. Vortrag des Herrn Viehlander. Versh.
Montag: Zwei Versammlungen: 1) Rariannenstr. 31; 2) Landwehrstr. 11. Um zahlreichere Betheiligung bitte!
(F. 29.) K. Heinsch. [4,00]

Berlin. Sonntag, 5. Dezember, Vormittags 11 Uhr, in den Gratzweil'schen Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79, oberer Saal. Letzte diesjährige **General-Versammlung sämtlicher Pger Berlins und der Umgegend, so wie deren Träger.** T.D.: Welchen Vortheil würde die Vereinigung sämtlicher Pger Berlins im nächsten Jahre bieten? — In unter den heutigen Verhältnissen ein Arbeitnachweisebureau notwendig, oder nicht? — Refer.: Herr V. Grottkau.
Im Interesse der Sache ist es notwendig, daß alle Mann zur Stelle sind und die Träger mitbringen.
(F. 88.) J. A.: J. Dietrich. [4,20]

Berlin. Sämtliche Mitglieder des deutsch. Bau-, Land-, Erd- und Fabrikarbeitervereins zu Berlin fordere ich auf, Sonntag, den 5. Dezember, Vormittags 11 Uhr, in den Gratzweil'schen Bierhallen in der **Pger-versammlung** zu erscheinen.
Wihl. Wihmann. [2,00] (F. 61.)

Berlin. Sonnabend, 4. Dezember, Abends 8 Uhr, Gartenstr. 32, bei Hildebrandt, **Außerordentliche Generalversamml. der Kranken-Unterstützungskasse des früheren Maschinenbau- und Metallarbeiter-Vereins.** T.D.: Neuwahl des Vorstandes. Vorlage des neuen Statuts. Das Statutenbuch muß vorgezeigt werden. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
J. A.: Rfow, Vorsitzender.

Berlin. Sonnabend, 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, bei Rade, Auguststr. 80, **Mitgliederversammlung der Metallarbeiter-Gewerkschaft.** T.D.: 1) Kassen- und Revisionsbericht. — 2) Wahl zweier Revisoren. — 3) Verschiedenes. Zahlreiches und pntliches Erscheinen ist notwendig. Karte haben Zutritt.
(F. 100.) 2. Doring, Bev. [2,60]

Altona. Freitag, 3. Dez., Abends 8 1/2 Uhr, in Koppelman's Salon, **Vollversammlung.** T.D.: Vortrag des Herrn Hafenclever.
K. Forchner. [1,40] (F. 20.)

Hamburg. Freitag, 3. Dez., Abends 8 1/2 Uhr, in Stabli's Etablissement, Valentinskamp 41, **Geschlossene Mitgliederversammlung der Socialistischen Arbeiterpartei.** T.D.: Wichtige Parteiangelegenheiten.
F. 1.) Frig. [2,00]

Hamburg. Sonnabend, 4. Dez., Abends 8 Uhr, im Englischen Tivoli, St. Georg, **Geschl. Mitgliederversammlung des deutschen Zimmerer-Vereins.** T.D.: Vortrag des Herrn Rnnelamp und Vereinsangelegenheiten.
C. Rfner. [1,80] (F. 43.)

Bremen. Sonntag, 5. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, in der Centralhalle, **Große Volksversammlung.** T.D.: Der Gesammtwurf betreffend das Hlfelassengesetz. Ref.: Herr Reichstags-Abgeordneter W. Liebnecht. — Der Protest der Minorität der Bremischen Hlfelassen. Ref.: Herr W. Fried.
Die Abonnenten der Parteibltter müssen für die weiteste Verbreitung sorgen. Im Auftrage des Comités:
J. Rohwer. [3,20] (F. 67.)

Barmen. Sonntag, 5. Dezember, Abends 7 Uhr, bei Berger, Rbigerstr., **Offentliche Versammlung des Arbeiter-Wahlvereins.** T.D.: Bismarck's Rede im deutschen Reichstage. Ref.: Herr Alexander Schliefinger aus Brussel. (F. 75.) [1,80] Zutritt frei für Jedermann.

Hamburg-Altona. Sonntag, 5. Dez., Nachm. 3 1/2 Uhr, im Salon zum Roland, 1. Jakobstr. 19, **Mitglieder-Versammlung des Allg. deutschen Gips- und Stuckateur-Vereins.** T.D.: Vereins-Angelegenheiten. — Abrechnung.
F. 1.) B. Becker. [2,20]

Altona. Freitag, den 3. Dezember, im Grndungslokal bei W. Fied, gr. Rosenstr. 116, **Mitgliederversammlung der Maurer-Arbeitsleute und Erdarbeiter.** T.D.: Abrechnung der Fahnenweie und Monatsabrechnung.
F. 20.) W. Fiedersich. [2,20]

Barmbed. Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schulz in Barmbed am Markt, **Gemeinsame Metallarbeiter-Versamml.** T.D.: Die Eisen-Industrie. Referent: Herr Rnnelamp. Jeder Metallarbeiter muß am Plage sein.
F. 89.) J. A.: J. D. Schulz. [2,40]

Gelsenkirchen. 5. Dez., sollen im Lokale d. Herrn W. Hellmer, Kaiserstr. 202, wichtige Angelegenheiten, sowie eine bekannte Abrechnung erledigt werden. Alle Parteigenossen werden aufgefordert, zu erscheinen. Diejenigen P., welche an der abzuschneidenden Angelegenheit betheiligt sind und nicht erscheinen, sollen in den Partei-Organen öffentlich genannt werden.
Der Agent. [2,20] (F. 100.)

Harburg. Sonnabend, 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Weikler, **Geschlossene Mitgliederversammlung des Social-demokr. Wahlvereins.** Tagesordn.: Die Frauen in der heutigen Gesellschaft. Die Versammlungen finden regelmäßig jeden Sonnabend statt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Parteigenossen, la die Laueheit fallen und seid auf dem Posten.
(F. 59.) Janitsch. [3,20]

Riel. Sonnabend, den 4. Dez., Ab. 8 Uhr, im Engl. Garten, **Partei-Versammlung.** Tagesordn. wird in der Versammlung bekannt gemacht. Alle Parteigen. müssen erscheinen.
Chr. Stard. [1,40]

Essen. Sonntag, 5. Dezember, Vorm. 11 Uhr, bei Drn. Brandenberg, Grabenstr., **Offentl. Versammlung des Socialistischen Arbeiter-Wahl-Vereins.** Tagesordn.: Die heutigen Rechtsbegriffe über das Eigentum. Referent: Herr Kaspe.
(F. 45.) K. Kremer. [2,20]

Vergolder-Gehilfe.
Für einen jungen Vergolder-Gehilfen (Rahmenarbeiter) ist gleich ein fester Platz ledig in einem der groten Ateliers Kopenhagens. (0556) (F. 100.) [6,00] Forderungen und Mittheilungen werden franco erbeten unter M. H. 8787 an das Annoncen-Bureau Aug. J. Wolff & Co. in Kopenhagen, mit Zeugniß (Copie), daß der Suchende ein tüchtiger, ordentlicher und schneller Arbeiter erster Klasse ist.

Lothringen wird ein Dorn im Fleische Deutschlands, wird ein deutsches Dornblatt; statt eines Nachbarn wird eine Nachbarnin und eine Quelle beständiger Kriegesgefahr für uns; die Franzosen werden zu wildem Haß gereizt, ihre Revandegelüste genährt; Frankreich wird gemaltam zum Bundesgenossen jedes uns feindlichen Staates gemacht, und der Schatz der politischen Macht in Europa wird nicht von Paris nach Berlin, sondern von Paris nach Petersburg; und unser „Gefährdeter“ dort an der Kiewa wird der Schicksalsrichter Europas. (Lebhaftes Unruhe.)

Präsident: Ich muß den Herrn Redner jetzt ersuchen, zur Sache zu sprechen.

Abgeordneter Liebnecht: Ich bin durchaus bei der Sache. Die Steuerforderung geht hervor aus der gegenwärtigen Finanzlage und die Finanzlage geht hervor aus unserer politischen Lage, aus dem herrschenden System. Es ist eines gar nicht von dem anderen zu trennen.

Seine Herren! Wir protestirten von diesem Standpunkte aus gegen die Annexion; wir erklärten, sie wird eine beständige Kriegsgefahr für Deutschland sein, sie wird zur nothwendigen Folge haben, daß Deutschland größere Mühsalungen mocht, daß neue Steuern und Aufwände werden. Dem wurde widersprochen; es wurde geantwortet: wenn die Franzosen gründlich besiegt sind, wenn ihnen die Festungen Straßburg und Metz, die Kaufhäuser, weggenommen sind, dann werden sie keinen Krieg mehr gegen Deutschland wagen, dann kann die Militärlast dem deutschen Volke abgenommen, die Steuern können vermindert werden; es wird eine Aera des Friedens, der Freiheit, des Wohlstandes für Deutschland anbrechen. Nun, meine Herren, seitdem sind fünf Jahre verfloßen; wer hat Recht gehabt: die Socialdemokraten, die damals im Reichstage ihre Stimme erhoben, oder die großen Staatsmänner und Vertreter der Staatsmänner, welche uns entgegen getreten sind? Alles, was wir damals voraussehen, es ist in Erfüllung gegangen und die Finanznoth, in der die Regierung sich jetzt befindet, läßt sich ganz direkt auf die politischen Fehler, welche damals begangen worden sind, zurückführen. Es ist das Resultat der Blut- und Eisenpolitik, die binnen wenigen Jahren und drei große Kriege gebracht hat, von denen der zweite mit Nothwendigkeit aus dem ersten, der dritte mit Nothwendigkeit aus dem zweiten hervorgegangen ist. Eine solche Politik wird, wenn ihr nicht Einhalt gethan wird, uns auch in weitere Kriege hineintreiben. Ist das deutsche Volk seit 1871 entlastet worden? Nein! Die Steuern sind vermehrt worden. Hat die Kriegsgefahr abgenommen? Ich dachte, für diejenigen, die bezweifeln, daß wir in beständiger Kriegsgefahr sind, müßte der einfache Hinweis auf die Ereignisse des vorigen Jahres genügen. Damals entwand plötzlich eine Panik; in einer Zeitung, welche der Spitze der Regierung nahe steht, erschien ein Artikel, welcher ankündigte, daß „Krieg in Sicht“ sei. Es wurde ein Verbot der Pferdeausfuhr erlassen. Die offizielle Presse, welche ja vollständig unter der Leitung von oben ist, brachte Artikel, die Jeden daran glauben lassen mußten, daß ein Krieg unmittelbar drohe. Nun, es ist nicht zum Kriege gekommen, aber durch die Enthüllungen im englischen Parlamente ist die Thatsache bekannt geworden, daß allerdings die Kriegsbefürchtungen wohl begründet waren, daß die Kriegsgefahr eine ernste gewesen; daß wirklich die Absicht bestanden hätte, Ueber Frankreich gegenüber das Bedenken zu spielen, als zu warten, bis Frankreich gestürzt genug ist, um unter ihm günstigen Chancen den Krieg zu beginnen. Meine Herren! Eine schärfere Beurtheilung der auswärtigen Politik, eine schärfere Beurtheilung der Politik namentlich, wie sie sich in der Annexion von Elsaß-Lothringen fundirte, läßt sich überhaupt nicht denken. (Auf: Zur Sache!) Und was hat diese Annexion uns weiter gebracht? Die Freiheit auf allen Gebieten beschränkt, den letzten Rest von Pressefreiheit, den uns das reaktionäre Regiment Kautzschfeld übrig gelassen, entzissen.

Präsident: Der Herr Redner spricht jetzt ganz entschieden nicht mehr zur Sache, und ich ersuche ihn jetzt, zur Sache zu sprechen, und zwar rufe ich ihn zur Sache mit den Worten der Geschäftsordnung zum ersten Mal.

Abgeordneter Liebnecht: Meine Herren! Sie werden schon noch zu hören bekommen, was ich Ihnen zu sagen habe. (Weiterleit.) Es ist einfach nicht möglich, die Steuerforderung der Regierung von der politischen Lage zu trennen, und ich glaube, indem der Herr Präsident eben erklärte, daß er mich zum ersten Mal zur Sache verweise, hat er damit anerkannt, daß ich vorhin vollständig im Rechte war, als ich mich auf dem Gebiet der auswärtigen Politik bewegte. (Weiterleit.)

Präsident: Ich lasse mich auf Diskussionen hinsichtlich der Rechtfertigung meiner Aeußerungen mit dem Herrn Redner nicht ein. Ich habe zum zweiten Male den Ruf zur Sache nur markirt nach den Vorschriften der Geschäftsordnung, welche, wenn ich dem Ruf zur Sache weitere Folge geben will, mich nötigt, auf die Folgen besonders aufmerksam zu machen.

Abgeordneter Liebnecht: Gut! (Große Heiterkeit.) Sehen wir ab von der politischen Krise, welche wir im letzten Frühjahr gehabt haben, — schon ins dritte Jahr leiden wir jetzt unter den Wirkungen einer anderen Krise, einer ökonomischen Krise, die wahrlich in erste Ordnung gezogen werden muß. Wenn man einem Volke Steuern zumahnt, dann muß auch dieses Volk in der Lage sein, Steuern bezahlen zu können. Ueber die Krise, in der wir uns befinden, ist hier in den letzten Tagen viel hin- und hergeredet worden. Auch die Thronrede erwähnte derselben mit folgenden Worten:

„Wenn in Handel und Verkehr dennoch gegenwärtig eine der Stagnationen statthat, wie sie im Laufe der Zeit periodisch wiederkehren, so liegt es leider nicht in der Macht der Regierung, diesem Uebelstande abzuhelfen, der sich in anderen Ländern in gleicher Weise wie in Deutschland sichtbar macht.“

In der Thronrede wird also die Krise vollständig anerkannt, auch die Ohnmacht der Regierung ihr gegenüber, indem erklärt wird, daß solche Krisen periodisch wiederkehren müssen, so zu sagen unvermeidliche Naturereignisse seien. Es ist allerdings richtig, diese Krisen sind unvermeidlich in der heutigen Gesellschaft und es wäre thöricht, wenn eine der verschiedenen volkswirtschaftlichen Parteien im Reichstage der anderen den Vorwurf machen wollte, sie sei mehr oder weniger schuld an der gegenwärtigen Krise. Die Ursache der Krise liegt in der heutigen kapitalistischen Produktionsweise, die planlos, im Interesse des Privatproduzenten, darauflos Waaren erzeugt, statt daß Konsum und Produktion im allgemeinen Interesse von einer Central-Leitung aus regulirt werden, so daß die Produktion mit der Konsumtion gleichen Schritt halten könnte. Bei der heutigen Produktionsweise werden die Krisen nicht vermeiden können — und in der Konstatirung dieser Thatsache liegt die Vorbedingung für die heutige Gesellschaft — aber bei Erzeugung des Steuerprojekts fällt es schwer ins Gewicht, daß Deutschland hart unter dem Druck der Krise leidet. Wohl hat man ausgesprochen, daß ein wirklicher Nothstand nicht bestände. Es ist erklärt worden, die Lage der Arbeiter sei im ganzen genommen eine ziemlich günstige. Nun, meine Herren, es ist in Wahrheit ein Nothstand vorhanden, ein schwerer Nothstand. Denjenigen von Ihnen, die daran zweifeln, rufe ich zu: gehen Sie einmal in das schiffliche Erzgebirge, gehen Sie an den Rhein, nach Schiefen, gehen Sie nach Ludenwade, wo ich vorigen Sonnabend war. Sie werden dort ein herrliches Schauspiel menschlichen Elends sehen; (Unruhe.) und wie dieses Schauspiel vor Augen hat, der vereine es mit seinem Gewissen, diesen darbenenden, armen Volke neue Steuern aufzuladen! Es ist erklärt worden, allerdings nicht im Reichstage, aber von Männern, die dem Reichstage angehören und auch in amtlicher Stellung sich befinden, daß die Krise wesentlich dadurch hervorgerufen sei, daß in Deutschland zu teuer produziert werde, daß die Arbeitslöhne zu hoch seien. Das ist unrichtig. Die Arbeitslöhne sind in Deutschland wahrlich niemals zu hoch gewesen. Die erhöhten Löhne in den Zeiten der Prosperität sind nur die Besolungen, welche vom Tische der reichen Arbeitgeber in den Schoß des arbeitenden Volkes gefallen sind. Zu keiner Zeit waren die Löhne so hoch, daß die arbeitende Klasse den nothwendigen Anforderungen, welche ein menschenwürdiges Dasein an den Menschen stellt, vollaus hätte genügen, geschweige denn, wie man gerade hat, dem Luxus hätte fröhnen können. Trotzdem ist sogar vom Ministerialrathe aus gesagt worden, die Löhne seien zu hoch, im Interesse der deutschen Industrie müßten sie reducirt werden. Andere Bourgeoisie ist auf allen Arbeitsgebieten diesem Rathe mit Freuden nachgekommen, sie hat das Rezept genau befolgt und die Löhne aus Keufergie bedrückt. Außerdem haben Massenentlassungen von Arbeitern stattgefunden und haben noch statt, und was wie ein Widerspruch erscheint, während es an Arbeit fehlt, wird den relativ wenigen Arbeitern, die in Arbeit

sind, längere Arbeitszeit zugemuthet. Die müssen sich gefallen lassen, weil man in den auf dem Platze liegenden Arbeitern den in Arbeit stehenden Arbeitern eine Konkurrenzarmee geschaffen hat, durch die man letztere vollständig im Jamme und niedrigen Lohnen kann. Man darf sich nicht wundern, daß, wenn aus dem Munde eines Ministers selbst, und zwar des preussischen Finanzministers, welcher hier als Bundeskommissar anwesend ist, die Lösung ausgegeben wurde, die Arbeiter müssen niedrigere Löhne erhalten, — diese Lösung im vollen Maße befolgt wurde. Aber durch die niedrigen Löhne, wie sie jetzt herrschen, durch die Arbeitslosigkeit, welche daneben existirt, ist ein Zustand geschaffen worden, der es dem Volke ganz unmöglich macht, mehr Steuern zu bezahlen. Ich möchte den anwesenden Herrn Bundeskommissar fragen, wie er das in Harmonie bringen will, wenn er auf der einen Seite die Lösung „Niedrigere Löhne für das Volk!“ ausgibt und auf der anderen Seite dem arbeitlosen oder auf der niedrigsten Lohnstufe auf Hungerlohn gehaltenen Volke neue Steuern aufhört! Ich lasse mich nicht ein auf die Details der vor uns liegenden Steuern. Es ist ganz gleichgültig, ob wir es mit einer Steuer zu thun haben, die diesen oder jenen Namen trägt, mit einer Vorksteuer, Tabaksteuer, Brausteuer, oder wie sie sonst heißen mag. Wie die Verhältnisse heruntage liegen, das habe ich schon angedeutet, fällt jede Steuer mit mehr oder weniger Gewicht auf das arbeitende Volk. Das Volk ist in Noth. Es ist in Noth nicht durch seine Schuld, sondern durch die Schuld des falschen wirtschaftlichen und ökonomischen Systems, welches jetzt herrscht. Wenn mit vollem Rechte die Thronrede betont hat, daß die Gesellschaftskrisis, wie sie heute existirt, unvermeidlich sei in der bürgerlichen Welt, so ist andererseits feststehend, daß die Krisis in Deutschland durch die Gesetzgebung von oben herab verschärft worden ist. Die Gesetzgebung des deutschen Reichs war wesentlich eine Gesetzgebung für das Großkapital, für die Großbourgeoisie. Die letzten Schranken, die das kleine Kapital von dem großen Kapital schützten, wurden niedriger, und der Nothstand, über den namentlich das kleine Kapital klagt — er ist unzweifelhaft durch die Gesetzgebung des Reichstages wesentlich gefördert worden. Auch läßt sich nicht leugnen, daß gerade von Seiten der obersten Behörde in Deutschland jener Schwindel, für den vorgestern das deutsche Volk verantwortlich gemacht werden sollte, begünstigt worden ist. Meine Herren! Das Volk hat mit diesem Schwindel nichts zu schaffen; das Volk hat ihn nicht herbeigeführt, und es hat ihn nicht mitgemacht. Das Volk — es ist christlich, das Volk, es hat zu allen Zeiten, wo es momentan wirklich im Besitze der Macht gewesen ist, gezeigt, daß es durch und durch ehrlich ist. Ich erinnere Sie an die alte französische Revolution, an die Revolution von 1830 und 1848 in Paris, an den Kommuneraufstand, an die Märzrevolution und sonst — wo überall das Volk das Eigentum als „heilig“ betradtete, nicht wollte, daß man es mit Dieben zusammenwerfe. Das Volk hat nicht gefehlt, — von oben her ist das Beispiel gegeben worden, von oben her ist der Schwindel begünstigt worden, und zwar — es muß hier ausgesprochen werden — ganz direkt von Behörden des Reichs. Ich erinnere Sie an die Thatsache, daß aus der Verhandlung für 9 1/2 Prozent der Diskontogeldgesellschaft fofolische Summen Geldes vorgezogen worden sind. Jedermann kennt die Diskontogeldgesellschaft und weiß, zu welchem Zweck die Gelder gegeben wurden. Ein anderes Beispiel! Keulich kam die Angelegenheit des Invalidenfonds hier vor. Der deutsche Reichstag hat den wahren Grund des Reichs, denen, die mit ihrem Blute auf den Schlachtfeldern Frankreichs das Reich gegründet haben, mit freigelegter Hand einen Fonds ausgesetzt, der allerdings so hoch ist, daß dem Nothstande in jenen Kreisen gesteuert werden kann. Nun, meine Herren, es ist an den Tag gekommen, daß von diesem Fonds, den die Reichsvertretung unter einstimmiger Billigung des Volkes bewilligt hat, ungeheure Summen an Leute verfallen und in Unternehmungen gesetzt worden sind, die keineswegs als solche bezeichnet werden können; mit anderen Worten, man hat von dem Gelde der Invaliden, von dem Gelde, welches heilig hätte sein sollen, welches als eine heilige Schuld der Dankbarkeit, namentlich von Seiten der Leute angesehen werden müßte, welche jetzt an der Spitze des Reichs stehen, man hat von diesem Gelde: bedeutende Summen, viele Millionen an Männer gegeben, die so damit wirtschafteten, daß ich sagen kann, mit diesem Gelde ist dem Schwindel Vorlauf geleistet worden.

Und dazu kommt noch, daß das Geld, welches in diese Unternehmungen gesetzt wurde, geschleudert ist. Man hat wohl neulich hier einen Schleier über diese Vorgänge zu ziehen versucht, aber die Wahrheit, sie soll und muß an das Licht gezogen werden; und ich hoffe, daß bald die volle Wahrheit in Bezug auf die Zahlen siffermäßig in Tage kommen wird. Die Thatsache selbst, daß es sich so verhält, wie ich gesagt wird, Niemand zu leugnen wagen. Genug es ist von oben herab diesem Schwindel, der die jetzige wirtschaftliche Krise verschlimmert und gesteigert hat, Vorlauf geleistet worden; diesem Schwindel, der tief hineinreicht in die obersten Schichten der Gesellschaft, der tief hineinreicht in die Beamtenkreise. (Gelächter.) — Meine Herren! Lassen Sie nicht; es ist dies ein Gegenstand sehr ernster Natur. Ich erinnere Sie bloß an die eine Thatsache, daß an anderer Stelle von dem Abgeordneten Böcker diese Frage angeregt wurde, und wie heftig man damals war, diese ganze traurige, sehr traurige Angelegenheit dem Lichte der Öffentlichkeit zu entziehen und sie vor eine förmlich Kommission zu bringen, so dann die schmachvollen Thatsachen begraben worden sind!

Präsident: Der Herr Redner spricht jetzt offenbar nicht mehr zur Sache, und ich rufe ihn zum zweiten Male zur Sache.

Abgeordneter Liebnecht: Ich habe hier nur meine Pflicht erfüllt; ich glaube, daß ich vollständig zur Sache gesprochen habe. Ich kann gegen die Geschäftsordnung, gegen die Art und Weise, wie sie gegen mich angewendet wird, nicht wirksam protestiren. — Genug, es ist meine Pflicht, zu protestiren gegen die neue Auflage von Steuern, einerlei, welcher Art diese Steuern sind. Dem jetzigen System, welches auf politischem und auf finanziellen, wie auf jedem anderen Gebiete in einer der Nation verwerflichen Weise wirtschaftet, welches Deutschland forumpirt, knechtet und in beständige Kriegsgefahr stürzt, welches dem Volke Kosten aufzulegt, denen es nicht gewachsen ist, — diesem System muß prinzipiell von unserem Standpunkte aus jede Steuer verweigert werden, denn jede Steuer würde, meiner festen Ueberzeugung nach, nur zu volkreichlichen Zwecken verwendet werden.

Seine Herren! Der Reichstag ist seiner Majorität nach mit der jetzigen Politik, und zwar sowohl der äußeren als der inneren, und namentlich auch der Wirtschaftspolitik, einverstanden, er ist der Mitschuldige in den Augen des Volkes. Ich weiß, daß wir hier im Hause vereinsamt stehen mit unseren Anschauungen; aber, meine Herren, für das deutsche Volk ist in der That der Moment gekommen, wo es sich darüber klar werden muß, ob es fernere für ein System eintreten will, durch das es finanziell und politisch ruiniert und forumpirt wird, oder ob es einen vollständigen Bruch mit diesem System will, um Personen zu nennen — und Personen brüden ja ein Prinzip am deutschen aus — welches sich kennzeichnet durch die Verdon eines Stiebes und durch die Verdon eines Wagener, denselben Herrn Wagener, der, wie Sie wohl wissen werden, an den Hochschulen des Herrn Reichskanzlers hängt. (Große Heiterkeit.) — Meine Herren! Sie müßten vielleicht, daß ich mich dahin berichtigen soll, zu sagen, daß der Herr Reichskanzler an den Hochschulen des Herrn Wagener hängt? Wenn man gewisse Vorgänge betrachtet, so könnte die letztere Behauptung wohl als die richtigere erscheinen. (Unruhe.)

Also unser Wahlrecht ist einfach; dem jetzigen System keinen Pfennig, sei es in Form welcher Steuer es wolle! Vollständiger Bruch mit diesem System!

Präsident: Das Wort hat der Bevollmächtigte zum Bundesrath, Geheimrath Dr. Heerwart.

Bevollmächtigter zum Bundesrath für das Großherzogthum Sachsen-Weimar: Geheimrath Dr. Heerwart: Meine Herren, ich habe gehofft, von der besonderen Stellung der kleineren Bundesstaaten zu der Steuerfrage hier sprechen zu können, weil der hohen Veranlassung eine Vorlage des Bundesraths und nicht der Antrag einzelner Regierungen vorliegt, und weil diese Vorlage, wie ich hinzufügen darf, auf einem einstimmigen Beschlusse des Bundesraths beruht. Allein die Zielung meiner Regierung zu dieser Vorlage ist einer solchen Reihe von Mißverständnissen ausgesetzt worden, daß ich nicht umhin kann, in später Stunde nach das Wort zu ergreifen.

Zunächst möchte ich noch dem Herrn Abgeordneten Windhoff erwidern, daß seine Befürchtung, es könnte durch die Erhöhung der Brausteuer und durch die Einführung einer Vorksteuer in den thüringischen Staaten weggewirft werden, mir vollständig unerklärlich

ist, und daß er sowohl wie seine politischen Freunde, welche ein selbständiges Leben der Einzelstaaten wünschen, in dieser Beziehung nicht besser thun können, als diese Vorlage anzunehmen, die es uns ermöglicht, eine freiere und selbständigere Finanzverwaltung in den Einzelstaaten aufrecht zu erhalten. Denn, meine Herren, ein Gesichtspunkt, der noch nicht genügend hervorgehoben wurde, ist der, daß den Einzelstaaten durch die Reichsverfassung die Gesetzgebung über die Verbrauchssteuern entzogen ist, sie also nicht in der Lage sind, für ihre eigenen Finanzen ein befriedigendes Verhältnis zwischen den indirekten Steuern und dem Theile des Budgets, der durch direkte Steuern anzubringen ist, herbeizuführen; sie sind vielmehr in dieser Beziehung vollständig an das Reich gebunden, welches dafür meines Erachtens die Verpflichtung hat, sie in dem Bestreben zu unterstützen, ein richtiges Verhältnis in diesen Steuerarten herzustellen.

Ich kann ferner nicht umhin, noch auf einige Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Richter zurückzukommen, die er in der vorerwähnten Sitzung gethan hat, und die ebenfalls beweisen, welchen unrichtigen Anschauungen die Stellung insbesondere der thüringischen Regierungen ausgelegt gewesen ist. Ich muß mir zu diesem Zweck erlauben, einige Sätze aus seiner Rede zu wiederholen. Er hat gesagt:

„Nun verweist man uns auf die kleinen Staaten. Ich finde es allerdings hart, daß Staaten, die wesentlich von Holzbauern, Pflanzbauern und Häuflern bewohnt sind, dieselben an Kontributionsbeiträgen aufbringen sollen wie wohlhabende Staaten. Man braucht aber nur Kontributen zu geben, wie das schon vor dem Jahre 1871 geschehen ist, und die Herren Häufler mittelst Zuschlägen etwas stärker heranzuziehen. Jedenfalls handelt es sich um einen Betrag von 100,000 Thaler oder 100,000 Mark, wie man sie in Kollekten für Nothleidende aufzubringen pflegt. Eine solche Rücksicht kann nicht die Achse für die Finanzpolitik eines großen Reiches abgeben. Das scheint allerdings der weimarische Minister gemeint zu haben, als er die Initiative im Bundesrath zu beiden Steuervorlagen ergriß, denn ich kann nicht annehmen, daß er nur aus Gefälligkeit die Kontributen für den Reichskanzler aus dem Feuer holen wollte. Ich meine übrigens, daß es mit dieser anderweitigen Bestimmung der Kontributionsbeiträge gar nicht solche Ueile hat. An die norddeutschen Staaten, also auch an die Kleinstaaten, sind in den Jahren 1873 und 1874 125 Millionen Thaler aus der Kontributionszahlung zur Verteilung gekommen und diese Verteilung ist nach Aufgabe der Kontributionsbeiträge erfolgt. Damals haben sich die Kleinstaaten über diesen Verteilungsmodus nicht beschwert, während ich einen inneren Grund zu demselben nicht zu erkennen vermochte, denn die Kleinstaaten haben zu den Kriegskosten gar nichts beigetragen; sie haben in Folge ihrer früheren Kriegsverpflichtung nicht einmal im Besitze der Bevölkerungszahlen so viel Mannschaften stellen können als Preußen. Die Kleinstaaten haben das Unrecht des gegenwärtigen Verteilungsmodus für eine Reihe von Jahren im voraus vergütet bekommen.“

Seine Herren! Ich überlasse es zunächst dem Herrn Abgeordneten, sich mit der Bevölkerung dieser alten Kulturländer Deutschlands darüber auseinanderzusetzen, daß er in dieser Beurteilung als eine Bevölkerung von Holzbauern, Häuflern und Pflanzbauern hingestellt hat. Es wird ihm dies um so leichter werden, als er früher selbst einen Theil dieser Bevölkerung vertreten hat.

Sodann möchte ich mich besonders gegen die Auffassung verwahren, als ob die thüringischen Staaten zu den Kriegskosten nichts beigetragen haben. Meine Herren! Schon denn von den Jahren 1866 bis 1871 die thüringischen Staaten ihre volle und Verbrauchsteuern in der Tasche behalten, oder haben sie keine Kontributionsbeiträge erbracht? Man sagt ja, sie haben Kontributen erbracht. Das ist allerdings richtig; indessen waren diese nur dazu bestimmt, den schwierigen Uebergang zu den späteren Anforderungen des norddeutschen Bundes zu erleichtern, und sie sind auch in der That, in welcher sie Kontributen hatten, nach ihrer Leistungsfähigkeit ebenso hart herangezogen gewesen, wie die übrigen Angehörigen des Bundes. Oder haben die Bevölkerungen in dem Kriege selbst nicht beigetragen? Es würde in der That eine geringe Kenntnis der Kriegsgeschichte bedürfen, wenn man nicht wüßte, welchen Antheil die thüringischen Regimenter an den Erfolgen des Krieges gehabt haben. Mit welchen Opfern dies geschehen ist, besungen die Denkmäler der Gefallenen.

(Abgeordneter Richter (Hagen): Es ist ja alles falsch!)
Es ist mir also völlig unerfindlich, wie man behaupten kann, es habe der Krieg den thüringischen Staaten nichts gebracht.

(Abgeordneter Richter (Hagen): Ist es denn der stenographische Bericht?)
Ich muß also die Behauptung, daß man uns auf die Kriegenschuldung als eine Vorausverpflichtung verweisen könnte, zurückweisen, und gegen die Annahme, als ob es sich gewissermaßen um ein Geschenk bei derselben gehandelt habe, protestiren.

Seine Herren! Diese Steuerproben sind allerdings unrichtig angeordnet worden von den kleineren Bundesstaaten; ich nehme gar keinen Anstand, das zu konstatiren, und bedaure nur, daß an dieser Anordnung hier besondere Diskussionen geknüpft worden sind. Aber ich möchte Ihnen doch zu erwägen geben, ob es nicht mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit, in den einzelnen Staaten ein rationales Verhältnis herzustellen, zwischen den indirekten Steuern, zwischen demjenigen Theile der Kontributionsbeiträge, die durch direkte Steuern aufzubringen sind, an der Pflicht des Reiches liegt, die Einzelstaaten in diesen Nothverhältnissen zu unterstützen.

Ich ersuche Ihnen aus diesem Gesichtspunkte nochmals die Annahme der Vorlagen.

Präsident: Es ist der Beschluß der ersten Beratung beantragt von dem Herrn Abgeordneten Valentia. Ich ersuche diejenigen Herren, aufzustehen, welche den Schlußantrag unterstützen wollen. (Geschlecht.) Die Unterstützung reicht aus.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, aufzustehen, respektlos stehen zu bleiben, welche den Schluß der ersten Beratung beschließen wollen. (Geschlecht.) Das ist die Majorität; die erste Beratung ist geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung ertheile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Richter (Hagen).

Abgeordneter Richter (Hagen): Der Herr Bundeskommissar hat aus einer Stelle meiner Rede Schlußfolgerungen gezogen, welche mir eine persönliche Bemerkung zur Nothwendigkeit machen.

Wenn ich von Staaten gesprochen habe, die wesentlich von Pflanzbauern und Holzbauern bewohnt werden, so ergibt der Zusammenhang der stenographischen Berichte, daß ich damit nur eine Bezeichnung wiederholte, welche Herr von Minnigerode in die vorerwähnte Debatte eingeführt hat, und Herr von Minnigerode bezog sich darauf allerdings auf eine Stelle in meiner vorjährigen Rede. Damals machte ich aber das wesentlich geltend, um die thüringischen Staaten vor der Erhöhung der Kontributionsbeiträge um 94 Millionen zu schützen. Es bebar wohl keiner Ueberlegung, daß, wenn ich gesagt habe, sie hätten zu den Kriegskosten nichts beigetragen, ich nicht davon gesprochen habe, daß sie überhaupt keine Opfer für den Krieg gebracht, oder daß sie von 1866 bis 1870 keine Kontributionsbeiträge gezahlt haben.

Wenn der Herr Bundeskommissar aus meiner Bemerkung gefolgert hat, daß sie in Folge ihrer früheren Kriegsverpflichtung nicht so viel Mannschaften stellen können, wie der Bevölkerung entspricht, so ist es nicht erst meine Pflicht gewesen, das, was die thüringischen Regimenter zum Kriege geleistet haben, in Frage zu stellen. Es bezieht sich meine Bemerkung einfach darauf, daß man den Kontributen der Kontributen, die an Kriege beigetragen haben, der bekanntlich für die Verteilung der Kriegskostenabgabe angewendet werden ist, hierauf anwenden sollte, die thüringischen Staaten in Folge ihrer früheren Kriegsverpflichtung — und jede Statistik legt dem Herrn Bundeskommissar, daß das richtig ist — nicht so viel Mannschaften und Landwehnmänner haben stellen können, wie Preußen und die größeren Staaten.

Präsident: Ich habe jetzt die Frage zu stellen, ob der Beschlusse, betreffend die Erhöhung der Verbrauchssteuern, zur weiteren Vorberatung an die Kommission verwiesen werden soll. Sollte der Reichstag die Verweisung an eine Kommission beschließen, so würde ich annehmen, daß die Uebermittlung an die Budgetkommission erfolgen soll.

Ich ersuche demnach diejenigen Herren, welche die Verweisung der Vorlage zur weiteren Vorberatung an eine Kommission beschließen wollen, aufzustehen. (Geschlecht.) Das ist die Mehrheit; die Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission ist beschlossen.